

Ostland

Wochenschrift für die gesamte Ostmark

Herausgegeben von E. Günzel u. Dr. Franz Lüdike in Berlin. Verlag Deutscher Ostbund e. V., Wm.-Charlottenburg 2

Erfolgt wöchentl. einmal. Bezug: Durch die Post vierteljährl. 1.50 M., Einzelnummer 20 Pf., u. 5 Pf. Postgebühr. Anzeigenpreis: Für jeden Millimeter Höhe der Spalte, Zeit 30 Pf., bei Familien-, Ortsgruppen- u. Stellen-Anz. 20 Pf., bei Anz. im Anschlag an den Text auf Textbreite 1.20 M.

Nr. 30. Berlin, 24. Juli 1931.

12. Jahrg.

Wochenzeitung
Eing. 27. JULI 1931

Inhalt: S. 310: Deutsche Führung oder französische Vormacht? / S. 316: Eine Warnung Lord George's. / S. 351: Paris-Vorabend. — Warum keine politische Union mit Frankreich? / S. 352: „Der alte Graf Kungaberg“, „Nächtliche Schmei?“ / S. 353: Der politische Epizentrum. / S. 354: Polen und die Ukraine. — Wilno-Vorabend über Kultur-Verträge. — Polnische Kunst nach der zweiten Weltkriege. — Kreis Eichen kommt zu Neugründungen. / S. 355: Wirtin des Kreises Sommerl. — Lieben Deutsche wegen „Kulturverträge“ angefeindet. — Orkanwut ist nicht freier. — „Nächtliche Schmei“. — Das deutsche Kapital in Ost-Überfließen. — Wemel, Dampfbad Wilnaud? / S. 356: Hetero-Verband über Verträge für Waldarbeiten. / S. 357: Bismarck-Verträge. — Buschbauern. / S. 358: Ostmarkenführer.

Deutsche Führung oder französische Vormacht?

„Gegenüber Sowjetrußland, das so gemalt rüht, bestanden die anderen Mächte Frankreich als ihren natürlichen Führer und die französische Armee als ihre letzte Garantie.“ Das hat kein geringerer als der konterwärtige Abgeordnete und frühere Minister Winston Churchill am 29. Juni d. J. im englischen Unterhaus gesagt. Er hat damit sagen wollen, daß die beiden Mächte, mit denen England in Zukunft auf dem Kontinent zu rechnen haben werde, Sowjetrußland und Frankreich sein werden, und daß Deutschland in dem Machtkampf dieser beiden keine irgendwenn bedeutsame Rolle werde spielen können. An demselben Sinne hat sich Roman Dmowski, dem Polen in erster Linie seine Versailles Größe dankt, in seinem kürzlich erschienenen Buch: „Die nachkriegsjährliche Welt und Polen“ geäußert:

„Trotz allen Bemühens ... zeigt sich doch, daß sich die heute so ungeliebte große Rolle und Bedeutung der Deutschen allmählich verringert, während sich m. E. Rußland heute in den Beziehungen der Welt eine erstklassige Rolle nähert.“ Wiewohl kommt eine solche Deutung der ersten und entscheidenden Schritte, in der sich Deutschland befindet, der Wirklichkeit näher als die Gedankenlosigkeit der Kreise, die zu ihrer eigenen Verabingung die machtpolitische Ausrichtung eines fünfundsiebzig-Millionen-Volkes als „unmöglich“ bezeichnen, und auch näher als der geistlos-tüchtige Optimismus des Auslandes, das von der unverfügbaren Lebenskraft Deutschlands, von dem um so schmerzlicher Tributallien als „tragbar“ feststellen zu können. Für Churchill und Dmowski — und nicht nur für sie allein — scheint es also festzustehen, daß Deutschland für die nächsten Jahrzehnte aus der Reihe der großen Mächte ausscheidet und daß das deutsche Volk auf die Stufe der Machtlosigkeit zurückversetzt wird, auf die es etwa der Dreißigjährigen Krieg herabgedrückt hatte. Sie sehen die Zukunft Deutschlands so, wie sie etwa Leon Bourgeois 1922 als für Frankreich unüberschneuert hingestellt hat: „Drohüberrelana“, sagte er, „haben die Deutschen ohne Reichseinigkeit geliebt, sie könnten auch weiter so leben, ohne eine politisch gefährliche Großmacht im Herzen Europas zu bilden.“



Das neue Wilson-Denkmal in Velen.

Das von Janus Podzemski geschaffene Denkmal Woodrow Wilsons ist im Bildfeld, dem früheren Stolsteinen Denkmal, in Velen angebracht worden. (Siehe Beilage „Ostland“ Nr. 28.)

Zwischen Frankreich und Rußland also, meinen sie, soll sich der künftige Machtkampf um Europa abspielen, und Paris soll dabei Europa zur Abwehr des russisch-bolschewistischen Vormarsches werden und als Gegenspieler Moskaus, das als Ziel der englischen Kontinentalpolitik, das europäische Weltgewicht, bestelle. Damit Frankreich diese Auseinandersetzung erfolgreich bestehen kann, sollen die Völker, die zwischen ihm und Rußland liegen, als aktive Glieder in die gemeinsame von Frankreich geführte Front eingereiht bzw. so weit geschwächt werden, daß sie nicht selbsthandelt oder im Bündnis mit dem Osten gegen Frankreich auftreten können. Dies bedeutet aber: Um diese Völker zwischen Rhein und Dina und auf dem Boden dieser Völker Völker soll sich der Kampf der beiden Mächte, deren letzte Wirtin ist, der westlichen Demokratie und des östlichen Bolschewismus, abspielen. In diesem Raum soll Frankreich herrschen, und es besteht, indem es Feindschaften hervorruft und bestehende Gegenseitigkeit verliert. Es tragt diese Politik, deren letzte Wirtin es ist, zwischen Europa gegen Mitteleuropa auszuspielen; und es richtet damit jedenfalls das eine wie das andere zugrunde; denn beide europäische Mittelkräfte sind durch die meridionale Verteilung des Kontinents (in West-, Mittel-, Zwischen- und Osturopa) in eine unhaltbare Zweifrontenstellung geraten. Auch die Verträge, die Frankreich unterzeichnet, um diese unheilvolle Zerküftung zu überwinden, sind nur dazu bestimmt, der doppelten Aufgabe, die es seinen östlichen Ervantanten zugewiesen hat: nämlich Deutschland, niederzubauen und Aufmarschraum gegen Rußland zu sein, eine festere, vorraglich gezielte Grundzüge zu geben.

Frankreich ist ein Land, in dem sich, vor allem nach der Innektion Elb-Vertrages, Vordringlichkeit und Anbitter die Waggos halten, ein Land also, dem die Krise der Weltwirtschaft nur verhältnismäßig wenig Schaden zufügen kann, dem die Not der Arbeitslosigkeit fast noch unbekannt ist und das als Sieger im Weltkrieg dank der Erträge eine der stärksten Kapitalmächte geworden ist; moegen Deutschland unter dem Druck einer enormen Arbeitslosigkeit steht, als übermiegendes Industrie-land zum Export gezwungen

ist und andererseits seinen Nahrungsbedarf zum großen Teil im Ausland decken muß, also in größtem Umfange ein den Kriegen und Revolutionen ausgesetzt ist. Die seit dem Weltkrieg in fortgesetzter Folge den Weltmarkt erschüttern und die Deutschland um so stärker in Mitleidenschaft ziehen, als dieses durch den doppelten Verstoß der das Volkswesen zerstörenden Inflation und der die Wirtschaft ausaugenden Tributlasten geschwächt ist. Aus dieser Verhängnisbarkeit der wirtschaftlichen Struktur der beiden Staaten ergibt sich die dringende Notwendigkeit einer wirtschaftlich-politischen Bedeutung, die sie für die Zivilisierteuropas besitzen: Frankreich ist trotz seiner politischen Bündnisse an dem Außenbande und vor allem am Export dieser Länder nur in verhältnismäßig geringem Umfange beteiligt. Dagegen muß es die Kapitalien, die es in seiner eigenen Volkswirtschaft nicht anlegen kann, aufbringen, d. h. in dem Maße, wie Kapitalflüsse kleinerer und größerer Staaten in immer größeren Maßstäben notwendig sind. Das ist es aber nicht, was die Olfenaker in erster Linie brauchen. Kredit können wohl mühselig für sie, da sie die Produktionskosten ihrer tief verarbeiteten Landwirtschaft durch eine Erhebung der unverhältnismäßig hohen Zinssätze verringern; aber sie können der wirklichen Not nicht wehren. Sie kurieren an Symptomen herum, ohne das Übel an der Wurzel zu fassen. Dieses Übel aber heißt Überproduktion, Absatzmangel. Da kann Frankreich, das selbst nur wenig Agrarprodukte aus dem Osten aufnimmt, nicht helfen. Helfen kann da nur die Erschließung aufnahmefähiger Absatzmärkte, die Schaffung eines großen, über die heutigen Staatsgrenzen hinausreichenden Wirtschaftsraumes in Mitteleuropa. Zivilisierteuropas muß die Wahrung Frankreichs aber aus politischen Gründen nicht misshandeln.

Was will also Frankreich? Nichts mehr, als die Länder Zivilisierteuropas als machtpolitische Basis gegen das deutsche Mitteleuropa und als militärisches Aufmarschgebiet gegen den russischen Osten auszunutzen. Dilem einem Zweck ordnet es alles andere unter. Über es dreht sich in nicht bloß dem, Europa militärisch gegen den Osten zu führen, die Frage, ob dieses Ziel überhaupt erreichbar ist oder nicht, wenn im Deutschland dabei behilflich ist — immerhin durchzuführen. Viel größer als die militärische Drohung ist die bolschewistische Gefahr, die sich im Osten erhebt, ist die revolutionäre Bedenken des Kommunismus, die sich in das an der französischen Herrschaft erkrankte Europa einschleift. Der Ausgang des Kampfes wird schließlich nicht von den militärischen Möglichkeiten, sondern von der Stärke der gemeinwesenstretenden Ideen abhängen. Dabei ist es noch recht fraglich, ob sich der materielle Imperialismus Frankreichs gegenüber dem Ideenimperialismus der Sowjets nicht durchsetzen können. Gleichgültig, wie sich der innere Gehalt des Bolschewismus durch die Anforderungen der praktischen Wirtschaft noch verändern mag — er sinkt sich an, eine Macht zu werden, die sich nicht nur gegen die Sowjets, sondern gerade die Kreise des Auslandes am meisten überzeugt sind, die von Frankreich die Rettung vor der bolschewistischen Überflutung erhoffen. Sie erkennen die Zusammenhänge; sie übersehen, daß es gerade Frankreichs Vorherrschaft ist, die den Bolschewismus zu einer Macht anwachsen läßt, dessen Gewalt sie sehr fürchten. Dem Frankreich, das seit Versailles die Vormacht Europas ist, ist es doch schicksalhaft, daß die Verantwortung für alles das trägt, was in Europa geschieht, was sich an Jüchhoff an den Grenzen ankommt und was sich an revolutionärer Gefahr in den Hungerbeeren von Millionen arbeitsloser Menschen aufhäuft. Seine Tributpolitik hat die Grundlagen des Weltmarktes erschüttert; ohne jene Rückendeckung hätten die andern nicht ihre irdenschicksalhaften Misserfolge mit gutem Gewissen durchzuführen können. Sein Machtwort duldet keine Abkehr von dem Pariser Diktator, durch die es Deutschlands Aufkommen verhindert, Österreich zu einer die Wirtschaft vernichtenden staatlichen Selbständigkeit verurteilt und den Donauraum, der einmal ein lebensvolles Ganzes gebildet hatte, in eine balkanische Wirnis von Zoll- und Verkehrsbarren aufgelöst hat. Frankreich kann die Olfenaker ausführen, aber es kann die Olfenaker nicht gegen den Bolschewismus immunisieren.

Das ist nur möglich, wenn die zerstückelten Frankreichsteine der Zerstückelung aus Mittel- und Zivilisierteuropa ausgemergelt werden, wenn die Länder dieses Raumes nicht mehr durch die französische Politik gegeneinander aufgebracht, sondern einer ihrer geographischen Zusammengehörigkeit entsprechenden mitteleuropäischen Zusammenarbeit und politischen Zusammenarbeit verschrieben werden. Es gibt nur eine Macht, die in diesem Sinne als Ordnung und Führer auftreten kann, auf die die geistig-kulturellen Bindungen aller Völker dieses Raumes hinweisen, und auf die das Wirtschaftslieben aller Länder dieses Raumes zurückzuführen muß: Deutschland. Mit ihm gehören diese Länder geographisch zusammen durch die Rührer der Olfen und die Straßensysteme, mit ihm vereinen können sie in den wirtschaftlichen Güterausstausch treten, dessen sie und Deutschland selbst nur guldene Entdeckung ihres materiellen Daseins bedürfen. Heute allerdings ist von einem Erkenntnis der Schicksalsgemeinschaft mit Deutschland erst wenig zu fühlen. Das Bewußtsein der Zusammengehörigkeit ist noch geschwächt durch die Welle der postkommunistischen Über, die in den vergangenen Jahrzehnten über die Weltziele des „Draußen, über die Karpaten noch Überwegen und in dem beherrschten

Reißel und über die Donau auf den Balkan vorrückte und diesen Völkern das Wort von der Stammesverbundenheit mit dem Osten eintrugte, und es ist fast verwirrend durch Gewalt der Pariser Diktate, die die Olfenaker in die Gefolgschaft des Westens eingepaßt und ein nichtverfügbares Mitteleuropa aufgestellt haben. Die Geschichte wird sich immer gegen die entscheiden, die sich dem Westen oder dem Osten verschreiben; denn diese beiden, der russische Bolschewismus wie die französische Demokratie, hindern sie dazu, ihre eigenen Kräfte zu miszenen und so politisch, in das sie mit Deutschland zusammenhängen können, weiter zu entwickeln. Denn eines noch dem andern antwortend, ohne sich selbst aufzugeben. Sie sind Völker der Mitte wie Deutschland, mit dem sie verbunden sind durch eine alte Lebensgemeinschaft, die ihnen an innerem Gehalt mehr als irgendein fremder Einfluß von Osten oder Westen zu geben vermag.

An dieser inneren Verbrüderung, die verströmt Gemeinschaft wieder aufzurichten, im Südosten und Nordosten zu fühlen. Dagegen ist die Verbindung mit dem französischen Westen und die Abneigung gegen Deutschland am stärksten in den beiden Staaten des mittleren Ostens, in der Tschechoslowakei und in Polen. Während aber die dreieinhalb Millionen Deutschen in Dohmen immerhin ein Sektor sind, der sich früher oder später einmal in der politischen Selbsthaltung des Staates durchsetzen wird, ist mit einem Zweimillionen des polnischen Volkes in die Gemeinschaft der mittel- und zivilisierteuropäischen Staaten kaum zu rechnen. Denn Polen ist der Staat in der östlichen Sperrkette, der sich noch am ehesten in der Lage findet, sich von den Bindungen, die auf Deutschland hinweisen, zu lösen, der dank seiner Größe und seiner geographischen Lage tatsächlich am stärksten in der Lage ist, sich von dem politischen Ost zu isolieren. Polen im europäischen Raum derjenigen Deutschlands ähnelt, insofern er gleichfalls Übergangsland zwischen Westen und Osten ist, gleichfalls in die Olfen heranzieht und im Süden zum Teil gleichfalls die Länder berührt, die Deutschland an sich heranziehen möchte. Dazu kommt, daß Polen durch Versailles und die nachfolgenden Ereignisse nicht „fazienter“ ist, in seiner Wirtschaft und in seinem Volkstum zur Expansion dringende Kräfte besitzt und unter den neuen „Siegerstaaten“ Zivilisierteuropas derjenige ist, der in bewusster, konsequenter Selbstbehauptung zu Deutschland und in Anlehnung an Frankreich eigene Herrschaftspläne im Osten verfolgt, die nicht allein dem östlichen Norden von „Pommern bis ins Baltikum und von Oberhessen bis zur Ukraine umfassen, sondern sich auch nach Osten über die Donau und die Balkan- und Karpatenländer zu erstrecken. Polen an diesen Maßnahmen selbst, d. h. seiner bisherigen Reichsidee und seiner wirtschaftlichen Verwirklichung im „nichtdeutschen Mitteleuropa“ nachgeht, wird es immer wieder in die Bahn der französischen Europapolitik einschleppen müssen. Deshalb wird der Weg zur mitteleuropäischen Gemeinschaft über das heutige Polen hinweg zu gehen sein, wenn die deutsche Politik nicht ein deutsch-politisches Streben kann gegenüber dem großen Ziel des Zusammenflusses der Länder zwischen Rußland und Frankreich nicht als notwendig abgesehen, sondern sie muß als dessen wichtige und unerlässliche Voraussetzung aufgestellt werden. Der Zusammenfluß aber ist notwendig, wenn sich die Völker dieses Raumes gegen den Bolschewismus behaupten, wenn sie sich von der französischen Vormacht und Vorherrschhaft freimachen und ihrem eigenen Willen nachgeben, ihren eigenen Bedürfnissen leben und ihrem eigenen Wesen gemäß sich erfüllen wollen. Dr. K.

Eine Warnung Lloyd Georges.

Der ehemalige Premierminister Lloyd George schreibt in der „Neuen Freien Presse“ in Wien in einer Kritik an Frankreichs Haltung gegenüber dem Hooverplan: „Sollte einem Zusammenbruch Deutschlands noch ein höher Winter in die Folge des Kommunismus geraten und Österreich würde unerschütterlich folgen. Ich kann mir nicht vorstellen, in für die ganze Weltverteilung des Weltfriedens Gefahr denken, als ein großes kommunistisches Staatswesen in Mitteleuropa, das von einem der intelligentesten und diszipliniertesten Völker der Welt geleitet und aufrechterhalten wird. Hand in Hand mit Deutschland und unter der Führung deutscher Köpfe würde die Bedeutung der russischen Revolution in dem Weltfrieden durch die Macht der Weltmacht in seinen Händen und in seinen ungebundenen und lebenskräftigen Volkswesen. Deutschland würde selbst genug Erfahrung, Fähigkeit und Geschick, um den nördlichen Reichstum Rußlands auszubeten. Beide Länder würden eine mächtige Kombination ergeben, und so wäre es für alle Nationen toll, nur die Abwendung eines solchen katastrophalen Bündnisses die größte Opfer zu bringen.“

Saag entscheidet über Jollanien.

Der Ständige Internationale Gerichtshof im Haag ist am 20. Juli in öffentlicher Sitzung zusammengetreten, um sich auf Antrag des Völkerbundesrates mit dem deutsch-österreichischen Jollabkommen zu beschäftigen, über dessen Vorbereitung die deutsche und die österreichische Regierung durch Protokoll vom 19. März 1931 übereingekommen sind. Über das Ergebnis wird in der nächsten Nummer berichtet.

„Freie Stadt Königsberg“ — „Baltische Schweiz“.

In Genf erscheint in französischer Sprache eine Zeitschrift „Revue des Nationalités et des Minorités Nationales“ („Kundschau der Nationalitäten und der nationalen Minderheiten“), die Fortsetzung der in Paris gegründeten „Annuaire des Nationalités“. Die „Revue“ wird von einem Komitee, an dem J. P. Pfeiffer und einem seit längerer Zeit im „Exil“ lebenden Titauer P. J. Sobryz herausgegeben. Diese Zeitschrift dient der polnischen Propaganda namentlich in der Korridorfrage; sie wird offenbar vom polnischen Außenministerium unterstützt und ist vor allem auf die Beeinflussung der Völkerverbindungsfrage eingestellt, deren Bedeutung für Polen über die Grenzen hinaus inwieweit hinsichtlich der Nichtbeachtung wichtiger Fragen) man in Polen weiß besser als in Deutschland anzuschauen versteht.

Der Titauer Sobryz dient nur als nichtpolnisches Auswahlglied; es ist bekannt, daß dieser Titauer, der seinerzeit gegen Opposition gegen die derzeitige Regierung Litauen verlassen mußte und sich seitdem politisch schriftstellernd in Genf aufhält, ein eifriger Mitarbeiter der von der polnischen Vertretung in Genf herausgegebenen Korridorpublikation „L'Est Européen et la Société des Nations“ („Der europäische Osten und der Völkerbund“) ist. Auch noch, besonders gelegentlich der Völkerverbindungsfragen, ist Sobryz Viechtig der Polen. Die „Revue“ beschäftigt sich gleich in ihrer ersten Nummer mit dem Korridorproblem und der ostpreussischen Frage, indem sie einen Artikel eines „heroertragenen, zur diplomatischen Welt der Pariser Friedenskonferenzen gehörenden Vorkämpfers“ veröffentlicht. Es liegt nahe, hinter diesem „Kämpfer“ den Führer der polnischen „Bundschuh“-Bewegung, Roman Dmowski, zu vermuten. Ebenfalls decken sich die Vorschläge, die hier zur „Lösung“ der ostpreussischen Frage gemacht werden, im wesentlichen mit den Forderungen, die Dmowski seinerzeit in Versailles angemeldet hatte: Ostpreußen soll dem Deutschen Reich genommen werden und unter Polen und Litauen verteilt werden, doch der ganze litauische Teil der Provinz mit einer Bevölkerung von 1,2 Mill. Menschen und einer Fläche von 25 000 km² an Polen und der nördliche Teil mit 10 000 km² an Litauen fällt, während Königsberg mit einem Umkreis von 2000 km² Fläche zur freien Stadt gemacht und einer gemeinsamen polnisch-litauischen Verwaltung unterstellt wird.

In den beiden folgenden Nummern lehnt die „Revue“ das Herin Sobryz ihre „Vorschläge“ für den Korridor, als Ostpreußenfrage ab, indem sie „Schulden“ über die „Verkehrslinien“ veröffentlicht. Deren erste — unter dem Titel: „Ostpreußen — die Baltische Schweiz“ — stammt von einem Otto von Vartenstein, der sich den Lesern als „unparteiischer Deutsche“ selbstbewußter Abwägung empfiehlt. Der Gedanke, aus Ostpreußen einen „selbständigen Staat, eine „Schweiz“, zu machen, ist in der polnischen Propaganda neu. Er ist in Zusammenhang mit dem polnischen Projekt zur „Lösung“ der ostpreussischen Frage dasjenige, das die polnische Propaganda seit einigen Jahren mit Bestimmtheit in den Westminster vorbreitet, und für das die „Revue“ jetzt in den Kreisen der Völkerverbindungsfrage Stimmung zu machen versucht. Der polnische Ostpreußen-„Spezialist“ und ehemalige polnische Generalkonsul in Königsberg, Stokowski, hat diesen Gedanken bereits im Jahre 1925 in seiner Schrift „Aus dem Lande des Schwarzen Adlers“ vorgetragen: „Ostpreußens Zukunft als selbständiges, unabhängiges politisches Gebiet ist denkbar, als selbständiges Wirtschaftsgebiet nie. Hierin liegt es fast völlig das Sprichwort der „Schweiz“, der es aus dem Bewußtsein der Bevölkerung hervorgeht, daß die Lage in Grenzland anderer Grenzgebiete nahekommt.“ Hierbei soll es aber nicht bei der reinen Trennung Ostpreußens vom Reich können Maßnahmen und die Gebiete, durch die die kürzeste Verbindung Warschau—Danzig verläuft, die ihm (nämlich bei Deutschland) verbleiben... Unsere Verbindungen müssen jetzt dahin gehen, diesen Gebiet schließlich zu verdrängen, indem wir den wirtschaftlichen Beziehungen auf ostpreussischem Gebiet das Rationalistisch entgegenstellen.“

Die Lösung der ostpreussischen Frage wird nun auch in der erwähnten Genfer Zeitschrift empfohlen und „begündet“. Zustimmung muß man dem Verfasser darin, daß es keine Korridorfrage gibt, wenn die ostpreussische Frage „gelöst“ ist, d. h. Ostpreußen aus dem Reich heraus abgetrennt wird. Das ist jedoch kein Grund, mit der Lösung dieser beiden erst vorankündigten Probleme gerade bei Ostpreußen zu beginnen. Denn ebenfalls kann man sagen, daß es keine ostpreussische Frage mehr gibt, wenn die Korridorfrage gelöst ist, d. h. wenn der Korridor aus dem Reich zurückkommt. Der Verfasser will sich auf die Betrachtung der wirtschaftlichen Verhältnisse beschränken. Er macht den Versuch, aus Äußerungen „mehr oder weniger unparteiischer „Verständlichter“ zu schließen, daß man sich nicht vorstellen kann, daß der Gedanke eines dem Reich unabhängigen Ostpreußen „auf dem Fuß liegt“. Die Beispiele, die er hier anzuführen weiß, sind allerdings dürftig genug; und sie sind in ihrem Sinn durchweg falsch gedeutet; den Rednern und Autoren unterseht der Verfasser eine Absicht und eine Tendenz, die niemals bestritten hat. Da wird als erste eine Äußerung des h. P. Simon in der Sitzung vom 1. April 1925 in Preußischen Landtag im Anschluß an eine Vorlesung der Notlage

der ostpreussischen Landwirtenschaft gemacht hat: „Wenn bis zum 1. April 1925 nichts geschehen ist, wird die Geduld Ostpreußens zu Ende sein.“ Es gibt noch Menschen in Ostpreußen, die die „Baltische Schweiz“ „Produktion“ des Reiches an sich angeschlossen, die „Baltische Schweiz“ keine Polen sein; wir wollen Preußen bleiben...“ „Das ist“, so meint der polnische Vorkämpfer, „eine Drohung, sich vom Reich zu trennen.“ () — Als weiteres Beispiel dafür, daß die „Baltische Schweiz“ in der Luft liegt, wird eine Äußerung des ehemaligen Reiches in der Sitzung des Reichstages am 22. Oktober 1925 in einer Verlesung des Reichstages „Balkenkreuzes in Stuttgart“ gefolgt hat, man müsse versuchen zu verstehen, wie die Segenheit, also Polen, die durch den Korridor geschaffene Lage beurteilt, er habe einen Polen kennen gelernt, der nicht vom Korridor, sondern von der Insel zu sprechen pflegte, die Ostpreußen im polnischen Völkerverkehr darstellte... Weiter beruft sich der Verfasser namentlich auf die „langst eingetragene und verzeichnete“ — Denkchrift des ehemaligen Königsberger Handelskammerlandkunds Dr. Fritz Simon, der sich damals, bald nach dem Zusammenbruch, als alles draus und drüber ging und die verzweigten Projekte auftauchten, für eine ostpreußisch-polnische Zollunion ausgesprochen hat. — Ferner greift der Verfasser auf die in der Zeit des Zusammenbruchs verfolgten Pläne zurück, einen selbständigen „deutschen Staat aus Ostpreußen und anderen deutschen Objekten zu bilden. Dem Wannen, die seinerzeit dieses Projekt verfolgten, hat nichts fernes gelegen, als die Gebiete, aus denen der Staat gebildet werden sollte, in irgendeiner Form an Polen auszuliefern; ihre Absicht war es gerade, die durch Versailles an Polen abgetretenen Gebiete, die sich nicht durch die „Baltische Schweiz“ mit Ostpreußen für das Deutschland zu retten und das Reich durch die projektivierte Lösung der Objekte von der Verantwortung für diese Nichtachtung des Versailles Viktors zu befreien. Ein solcher Staat hätte natürlich wirtschaftliche Beziehungen mit Polen, das er von Aresse trennen, unterhalten müßte. Diese eine Forderung, die der ehemalige Reichskonsul von P. Block vor dem Königsberger Gericht am 13. Dezember 1920 geäußert hat, genügt dem Schreiber der „Revue“, um in Ostpreußen eine Meinung für die Bildung einer „Baltischen Schweiz“ festzustellen. — Er beruft sich weiter auf eine Schilderung der „deutschen Allg. Sig.“ vom 8. November 1925, in der von der „deutschen Reichsregierung Ostpreußen und von der „Litauische“, die dort mehrere zu erfüllen sind, die „Baltische Schweiz“ in der Lage ist, sich ihm und der Unterseite zwischen den wirtschaftlichen Verhältnissen dieses und jenseits der Grenze springe so sehr in die Augen, daß man schon die Äußerung hören konnte: „Dann muß es ja besser, wenn der Polak nicht...“ Der Schreiber der „Revue“ glaubt wohl recht, daß diese gelegentliche Äußerung des Wannen, die der „Reichsregierung den Sinn haben kann, den er hier gern bezeugen müssen möchte. Auch wenn es den Ostpreußen noch so schlecht oder, ja, sogar mir's rubig: noch so dreckig gehen mag, sie werden heute mit derselben Selbstverpflichtung mit dem Spiel legen, um dem Polen die Lust am Erwerb zu verstreuen, mit dem sie im Jahr 1920 kraft ihrer Stimmzettel an die Luft geblasen haben.

Diese fünf erwähnten Äußerungen sind also die „Beweise“ des „Otto von Vartenstein“ dafür, daß die „Baltische Schweiz“ „in der Luft liegt“, d. h. von den Ostpreußen selber gemindert wird. Es lohnt sich wohl nicht, sich mit der mehr als fragwürdigen „Beweiskraft“ dieser Zitate auseinanderzusetzen. Wenn hier trotzdem auf diesen Artikel der „Revue“ eingegangen wurde, dann deshalb, um zu zeigen, wie in Asien und gerade am Sitz des Völkerverbundes man die polnische Propaganda auf eine Postenrung Ostpreußens vom Reich hingearbeitet wird und mit welchen Gegenprojekten gegen die deutsche Grenzregulationsbewegung Polen vor die internationale Öffentlichkeit zu treten mag. Und meistens deshalb, um darauf hinzuweisen, welches Unheil man durch die „Baltische Schweiz“ zu vermeiden hat. Die polnische Propaganda in dem Sprünge liegt, natürlich politischen Gesichtspunkten unterworfen. Und diese gebieten, sich möglichst rasch Resonanz zu vermeiden, die zwar noch Berlin gerichtet sind, aber auch im Ausland gehört, dort eifrig registriert und, wo sich Gelegenheit bietet, so ausgewertet werden, wie es im Falle des famosen „Otto von Vartenstein“ geschehen ist.

Dieser schließt seinen Artikel in der „Revue“ mit folgenden Sätzen: „Die mehr als ein Problem Ostpreußen ist es, das man seinen unabhängigen Staat zu geben und es Handelsverträge mit seinen Nachbarn Polen, Litauen, Lettland und Estland abzuschließen zu lassen. Die Baltische Schweiz, die zwischen dem baltischen Staaten besteht, könnte auch auf das unabhängige Ostpreußen angewandt werden. Es wäre seine Organisation betrifft, ist die Frage der unabhängigen Staat...“ Die polnische Propaganda in der „Baltische Schweiz“ und die polnische, polnische und litauische Bevölkerung könnte jede für sich einen autonomen Kanton bilden, in dem jede Nationalität Herrin im eigenen Hause wäre. Aber um zu diesem Ergebnis, das dem Ideal sehr nahekommt, zu gelangen, muß Verita uns () von jeder „Bewertung, die immer ungelänglich („Inopportune“) wird, befreien.“

Der polnische Spionagedienst.

Vor zwei Jahren begann man in Polen, nachdem die Eisenbahn bereits militärisch organisiert waren und jeder Dorf-schüler in den Grenzgebieten seine besonderen Aufgaben erhalten hatte, den Zoll zu militarisieren. Die Zollreihe wurde zu einer „Grenzwehr“ von 3200 Mann (Straß Graniça) umgefaltet und dem Kriegsministerium unterstellt. In die Grenzwehr werden nur besonders geeignete Soldaten aufgenommen, die nach Beendigung ihres Militärdienstes dort nachher die besperrte Einödung erhalten und penfionsbräditig werden. Sie müssen die deutsche Sprache in Wort und Schrift beherrschen, und zwar möglichst akzentfrei. Sie werden dauernd in wöchentlichen Kurfen weiterausgebildet, versehen über alle erdenklichen Hilfsmittel und Waffen. Die neue Grenzwehr hat keine rein militärischen Aufgaben mehr, sondern sie ist eine Land-schafftertruppe. Sie gliedert sich in Grenzposten, Kommissariate, Inspektionen und Bezirksinspektionen, die besetzt sind mit Rundschafftern, Rundschaffter-Unterspionesspösten, Rundschaffter-Offizierspösten und Rundschaffterführern. Die Grenzwehr versieht ihren Dienst zum Teil in Siowit, oft in der Maske deutscher Bauern aus dem Grenzgebiet. Die Rundschaffter führen die Aufgabe, aus dem deutschen Grenzgebiet wichtige Nachrichten zu besorgen, sie an die Rundschaffterführer weiterzuleiten. Diese prüfen die Nachrichten auf ihre Brauchbarkeit, stellen sie gebieteweise zusammen und reichen sie an die berichtigte Abteilung I des polnischen Generalstabes weiter.

Wie versieht die Grenzwehr ihren Dienst? Offiziere wie Mannschaffter treten in den Grenzgebieten, häufig in der Begleitung der deutschen Minderheit in Polen auf. Sie sprechen deutsche Bauern und Landwirte, die in Polen Gändereien haben oder die zu Besuch zu den jenseits der Grenze wohnenden Freunden und Verwandten kommen, an, klagen, wie schlecht es die Deutschen in Polen hätten, machen die Leute lächer und fragen sie dann aus: Ob es nicht ebend so gut gehen würde, wenn sie hätten es fast, ob nicht ebend besser wäre, wenn sie die deutschen Stabshelms mit den militärischen Verbindungen bestellte sich, ob es denn wenigstens Befehlungen gäbe und wo, wie stark die Landjäger sind und der Zoll an der Grenze sei, ob die Beamten die Verbindnisse kennen, ob denn wenigstens die Eisenbahnbrücken militärisch besetzt wärdön, damit sie die verflochtenen „Vollketten“ nicht in die Luft sprengen, wie die Stimmung im deutschen Grenzgebiet, ob sich die Grenzüberfiegungen durch polnische Späher nicht machen ließen, was ein polnisches Einmarch überhaupf Widerstand leisten würde. Es gibt der Fragen unzählige, sie sind den Rundschafftern schon in Slesch und Wut übergegangen. Man geht dann ein Schöpfens trinken, und bald hat der Beamte auch heraus, ob er gegen Geld noch von dem Manne oder einem anderen wichtigeren Angelegenheiten von ihm etwas auszukundschaffen vermögen würde. Reichswägen, an denen man besonders interessiert ist, sein schneit, Baumstämme, neue Stabshelms, Gewehre, Karabiner, Revolver, Munition, Handgranaten, man kann alles gebrauchen. Als im letzten Winter im Kröje Schwerin (Warthe) an der polenischen Grenze Manöver stattfanden, herrschte dort leichten der in der Wirbahrung Gegend jenseits der Grenze postierten Rundschaffter große Nachfrage nach guten Manövergeschossen. Als alle übliche deutsche Kapitulanten traten sie auf, die man seit 12 Jahren kein anständiges Militär mehr gesehen hätten und dem kein Bild hätten von den Reichswehrmanövern. Das erinnere sie an die gute alte Zeit. Zweifellos haben diese Beamten auch schon mit Grenzspionagedeinen als Bauern deutsches Gebiet betreten und sich dort entsprechend umgesehen. Die folgenden selbstverständlich ist es Generalstabskarten mit dem genau deutschen Grenzgebiet. Er gibt es in den Grenzgebieten, für welche er es nun, Abweichungen von den Karten zu entdecken, nicht eingeschrieben, „Befehlungen“, „Unterstände“, „Waffen- und Munitionslager“. Die Rundschaffter interessieren sich auch sehr dafür, welche Einwohner in den einzelnen Dörfern etwa polenfreundlich oder kommunistisch gesinnt seien, was dagegen die Partei der Widerstände sei und die Minderheit des Gebietes. Der Führer der deutschen Bauern bei einem militärischen Einmärsche sein würde und wer Waffen besitzt. Der Zweck? Um Aufstände im Grenzgebiet durch Unterstützung der polenfreundlichen oder kommunistischen Elemente im Falle eines polnischen Vorgehens herbeizuführen, den deutschen Widerstand zu lähmen, etwa vorhandene Waffen rechtzeitig überzuliefern und die Führer der deutschen Bevölkerung zu deklassieren oder festzusetzen.

Ein Beispiel für die Arbeit des polnischen Rundschaffterdienstes ist der bekannte Grenzspionagedienstfall von Reuböfen an der Weichsel. Dort entdeckten bekanntlich polnische Grenzspionagedeutsche Grenzbeamte für ihre Zwecke zu gewinnen und durch Ver-mittlung eines deutschen Landwirts eine Gasmaske der deutschen Polizei in die Hände zu bekommen. Die Gasmaske wurde dem deutschen Grenzgebiet gesandt, einer bei dem sich entspannenden Kampfe übergeben. Das Auffragen deutscher, die nach Polen kommen, hat aber noch eine zweite Folge. Davon können die Bewohner des Grenzgebietes ein Vieches lernen. Wenn sie sich nämlich zu dem vermeintlichen Deutschen unvorsichtig über Polen äußern und schimpfen, so werden sie beim nächsten Grenzübertritt unter

fahrlässigem Verstande verhaftet und einige Zeit in Haft gehalten, bis es gelang, sie wieder freizubekommen. Erst kürzlich wurden be-kanntlich bei Marienwerder drei Personen trotz gültiger Grenz-schuttsweise festgenommen und verschleppt, die Brautpaar wurde ein Schneideermesser vor einigen Tagen unter der Anführung der Spionage verhaftet und nach Vilsa gebracht. Erst nach einer Woche ließ man ihn frei, und an anderen Grenzstellen kommen solche Ver-fälle in der Tat nicht mehrmals vor, die Rechte der Grenzwehr! Aber auch die Angehörigen der deutschen Minderheit in Polen werden beschpitzt. Die Rundschaffter fragen deutsche Besucher aus, wer außer ihnen, den Rundschafftern, noch in Frage käme bei Bildung einer Sabotagegruppe gegen Polen bei einem Vergehens Polens gegen Deutschland. Ein höherer polnischer Grenzspionagedeutsche erzählt jählich in einem polnischen Döner Café laubend, daß auf diese pünne Frage selbst mindestens 50 v. H. der Gefragten einestimmten. Die Deutschen im Gebiet jenseits der Grenze bekommen die Folgen solcher Antworten sehr schnell zu spüren. Verhaftung wegen Spionageverdachts ist nicht immer angebracht. Es gibt andere Mittel, solche Leute wirtschaftlich zugrunde zu richten und sie jähmüde aus dem Grenzgebiet zu entfernen. Sehr wirksam ist die Methode, die Rundschaffter auch dafür, was die Angehörigen der deutschen Minderheit in Deutschland tun, ob sie etwa an Befangenheiten des Stabshelms oder anderer Verbände in den deutschen Grenzorten teilnehmen oder Beziehungen zu diesen Verbänden haben. Anlässlich des Breslauer Stabshelms wurden alle in den Tagen vor der Veranlassung nach Deutschland gefahren und wärdön nach ihren Beziehungen zum Stabshelms der Minderheit argwöhnisch bespitzt. Von den polnischen Grenzstationen Vilsa, Jübing und Kamisch sowie von Rattowitz führen Angehörige der Grenzwehr bzw. Vertrauenspersonen der Grenzwehr mit den Jübing, in denen Angehörige der deutschen Minderheit fuhren, nach Deutschland, um den Verbleib dieser Leute festzustellen und zu ermitteln, ob Angehörige der Minderheit an Stabshelms teilnehmen. Untersuchungen interessierten sie sich für die Angehörigen der auf dem Stabshelms getretenen „Ortsgruppe „Polen“ des Stabshelms, über die sich die polnische Presse noch heute gibt. Ob die polnischen Rundschaffter Erfolge hatten, ist bis heute allerdings noch nicht bekannt.

Ein Kapitel für sich ist die Spionage der Grenzwehr auf Danziger Gebiet. Danzig hat eigene Zollbeamte, da aber Danzig und Polen ein gemeinsames Zollgebiet bilden, darf Polen ein polnisches Zollinspektorat in Danzig zum Zwecke der reibungslosen Abwicklung des Warenverkehrs unterhalten. Seit 1930 ist dieses Inspektorat hauptsächlich mit den als Späher zu wertenden Rundschafftern besetzt. Die Grenzwehr bespitzt die polnischen Handelsaufseher auf Danziger Gebiet haben. Hier handelt es sich jähmüde darum, die Sportlichen und Frontkampfer-Organisationen auf Danziger Gebiet zu überwachen, dann aber auch darum, den Angehörigen der deutschen Minderheit Fallen zu stellen. In Polen kostet bekanntlich ein Daß 200 Slety, 100 Mark, so daß ein gewöhnlicher Sterblicher Polen niemals verfallen kann. Nach Danzig gehen aber Polen noch deutsche Wälle. Also treffen sich sehr oft Angehörige der deutschen Minderheit mit ihren reichsdeutschen Freunden und Verwandten in Danzig, um einige Stunden oder Tage gemeinsam zu verleben. Die Rundschaffter folgen von Dirschau aus in den verächtlichen Deutschen von Polen nach Danzig und versuchen sie zu verfallen, dann verfallen die Deutschen aus Polen aber polnische Verhältnisse. Sie machen dann nach dem Heimatores des Betroffenen Anweisung, wo man die meistens „Behandlung“ der Angelegenheit in die Hände nimmt. Als Treffpunkt sind bei den Bauern auch die Danziger Dörfer an der polnischen Grenze beliebt. Dort sitzen in dem Gelände der polnischen Grenzwehr, die Grenzwehr im Akt im Gespräch, geben Lokalreden, schimpfen auf Polen, um die anderen herauszulocken und sie zu un-notdigen Äußerungen über Polen zu veranlassen. Und obwohl die Bevölkerung oft vor diesen Provokateuren gearaut wird, fallen immer wieder gerade deutsche Landwirte aus dem Korridor beaufert darauf herein. Verächtlich ist z. B. die Tätigkeit des Grenzspionagedeutschen in Dirschau, der keinen großen Wert auf Grenzspionagedeutschen in Dirschau und Marienburg eine intensive Tätigkeit entfaltet. Späher ist nun schon manchem Deutschen zum Unglück geworden. Sein letztes Heidenstück war die Spionage von der 700-Jahr-Feier in Marienburg, der die Spionage er-folghen war. Selbstverständlich mußten die polnischen Grenzspionagedeutschen in Dirschau und Marienburg leben und fuhren in der Provinz in die Grenzgebiete, die die polnischen Grenzbeamten zum Zweck der Ver-fällung des polnischen Grenzgebietes in die Hände nehmen. Die polnischen Grenzbeamten haben auf diesem Wege nach Danzig gefahren und wärdön dann die wülfreien Fänge und merkte sich diejenige, die nach Marienburg fuhren. Gegen alle diese Personen sind Verfahren wegen unvorsätziger Grenzüberfiegung anhängig gemacht worden und es ist keine Überzahlung, wenn in diesem anderen Falle die Anklage auch auf Spionage lautet.

A. R. („Der Weltgeist“.)

Borausbestellungen auf den „Ostdeutschen Heimatkalender“ 1932

erbiten wir dringend baldigst losoch von Einzelmitgliedern wie von Ortsgruppen. Der neue Jahrgang bietet in Wort und Bild wieder eine unerfüllte Fülle von Mitteilungen über Land und Leute des ganzen Ostens und setzt die Bedeutung der Ostfragen ins rechte Licht.

In keiner ostmärkischen Familie darf dieser Kalender fehlen. Er kostet bei Einzelbest. trotz seines reiches Inhalts nur 1,20 M. je jährlich 40 Pf. Porto nach außen frei. Bei Sammelbestellungen der Ortsgruppen werden Ermäßigungen gemacht, die den Ortsgruppen durch Kaufbriefchen Nr. 3 mitgeteilt werden sind.

Neues aus Polen.

Polen und die Ukrainer.

Der jetzt unangeführte neue Monat in Unterhubschaft gefangen gehaltene Führer der größten ukrainischen Partei in Polen, der sogenannten ukrainischen nationaldemokratischen Vereinigung (Ukrainische) Abg. Dr. Dymitr Cewicki ist gegen Stellung einer Kaution in Höhe von 30.000 Zloty endlich freigelassen worden. Es scheint, daß die polnische Regierung auf diese Weise versuchen will, eine Verhandlungsbasis mit den Ukrainern zu finden, um die sie sich bisher, weil sie den Ukrainern unannehmbare „Streitbedingungen“ vorlegte, vergeblich „bemüht“ hatte. Es ist zu erwarten, daß demnächst ein offizieller Verlauf von Seiten der Regierung erfolgt, mit den Ukrainern Verhandlungen anzubahnen. Bekanntlich führte der kurz vor der letzten Sommer tagung eingeleitete Versuch, mit den Ukrainern in Verhandlungen zu treten, zu einem völligen Scheitern, da von dem größten Teil auf die Seite der Ukrainer als unannehmbare bezeichneten Forderungen der Regierungsvertreter zurückgeführt wurde. Es muß nun abgewartet werden, wie die Ukrainer auf die Freilassung ihres beabsichtigten Führers, dem während seiner demob. neumontarischen Gast nicht einmal der Anklagepunkt jugoslaw. wurde, reagieren werden und in welcher Richtung die weiteren Maßnahmen der Regierung verlaufen werden. Abgeordneter Cewicki wurde, wie erinnerlich, während der letzten Wahlen, als die „Passifizierungsaktion in Ostgalizien gegen die Ukrainer in vollem Gange war und zahlreiche Opfer an materialien Gut und Menschenleben forderte, mit mehreren führenden Ukrainern verhaftet und ins Gefängnis geworfen. Vor etwa drei Monaten wurde Cewicki krankheitshalber in das Lembergster Rote-Kreuz-Sanatorium übergeführt worden, wo er unter strenger polizeilicher Bewachung bis zu seiner Entlassung verblieb. Mit ihm zusammen wurde damals auch der Generalsekretär seiner Partei, Dr. Makarski, verhaftet, der jetzt gleichfalls mit Cewicki freigelassen wurde. Beide wurden im letzten Monat des Jahres 1931 in ihrer Partei gewählt und trotz wiederholter Anträge im Seim und Senat nicht freigelassen. Von der Tatsache, daß Abgeordnete monatelang in Unterhubschaft gehalten werden können, ob das ihnen ein Prozeß gemacht wird, wird bei dem bekannten neuen Hausordnungsgesetz im Seim, der übrigens vor längerer Zeit in Kraft getreten ist, halbes Jahr verlaßt werden, ist nicht viel Aufhebens gemacht.

Der Senatspräsident Mosecki hat auf Vorstoß der Regierung den bisherigen Wjsewojeden von Lodz, Dr. Josef Kojnicki, zum Wjsewojeden von Lemberg ernannt. Diese Ernennung ist insofern eine Überraschung, als der neue Wjsewojode Kojnicki bis jetzt in keiner Weise politisch irgendwem beabsichtigt hervorgetreten ist. Kojnicki ist im Jahre 1900 in Kiew geboren und hat ein Studium in dem dortigen Universitätsinstitut, 1914 ist er in die Legionen eingetretet und hat in deren Verband den ganzen Krieg mitgemacht. Erst nach dem Kriege absolvierte er die höhere Rechtswissenschaft. An der Wissenschaft dachte er seine juristischen Studien an der Hochschule in Lemberg und promovierte dort zum Doktor der Rechte. Im Jahre 1924 hat er Kojnicki den Rang eines Generalstabsmajors.

Wilna-Lemberg oder Kattowitz-Bdingen

Es gibt im polnischen Regierungslager eine Gruppe, die eine entschlossene Wendung der polnischen Außenpolitik nach Osten einschließen will. Diese Gruppe, die „Pranda“, hatte zum Beispiel einmal einen Artikel veröffentlicht, der gegen die chauvinistischen Elemente des „Vogers von großen Polen“ gerichtet war und in dem es u. a. heißt: „... Im Westen werden wir nicht mehr darüber binous finden, wo uns das Versailles Diktat gegeben hat... Unsere Sturmteilungen sind im Osten... Die polnische Regierung und Wilna, das sind die Zentren der polnischen Expansionsenergie, nicht aber Posen und Kattowitz... Wir leben, daß wir, so oft wir im Osten festigen, stets eine Macht mehr, weniger, weil dies und jenes im Westen verloren. Dagegen hatte jede Niederlage im Osten einen allgemeinen Zusammenbruch zur Folge... Wir lieben Kiew, der polnischen Selbstweis, ist es notwendig, daß wir in den Ostländern und der Ostländer Gebiet ebenfalls... Gibt unter das Volk und weht in ihm den Geist, erhebt dort den Geist des Kampfes gegen alles das, was die Seele des Volkes vergiftet und vergammelt. Kämpft gegen die Propaganda der Foulheit, der Widerzwecklichkeit, der Wehlichkeit, der Ungehorsams, des Anarchismus, des Sozialismus und des Kommunismus, des Anarchismus und bis zur Brauolkeit ererbenden Kampf mit dem Geist des Volksehrismus und Marxismus auf. Drückt euch nicht von dieser Arbeit durch eine billige Propaganda eines Krieges mit Deutschland. Denkt daran, daß, solange jene

Aufgaben nicht erfüllt sind, über uns die große Gefahr schwebt, daß wir im Notfall nicht einmal Polen und Kattowitz werden verteidigen können, sofern hinter der Armees nicht ein gelobtes Heer steht. Sogar das nicht, daß sich heute im Ostlande Leistungen des Ungehorsams breitenform... Mit einem derart vernünftigen und widersprechenden Worte weilt ihr Berlin erobert? Macht euch nicht lächerlich!“ — Eine gefühlte uns an diesen ersten Mahnungen nicht: Es gibt nur wenig Menschen im heutigen Polen, die sie sich zu Herzen nehmen werden.

Wojewode Lanot gegen die polnische Geistlichkeit.

In dem ehemals preußischen Ostpreußen steht ein unangenehmer Teil der polnischen Bevölkerung hinter dem Nationaldemokraten, die noch beifürsorgebehalten als das „Pilsudzkilager“ sind. In den Nationaldemokraten gehören u. a. der Kardinalprimas Dr. Hand und die Mehrheit der polnisch-katholischen Geistlichen. Insofern sind Pilsudzkilager, die er sich im letzten Monat in einer schärferen Spannungen gekommen, die schon zu blutigen Prügeleien zwischen den Hallerjohaditen, die auf französischer Seite kämpften, und den bis 1917 auf deutscher Seite lebenden Pilsudzkilagergehörern geführt haben. Das führte so weit, daß sich kürzlich, als die Gruppe Kattowitz der Pilsudzkilagergehörigen ihre Taten in der katholischen Kirche weihen wollte, kein katholischer Geistlicher fand, der die Weihen überreichen wollte, und aus Kongresspolen ein Geistlicher herbeigeholt werden mußte. Daraufhin hat jetzt der Wojewode Lanot-Wrona in Thorn auf der Tagung der pommerellen Pilsudzkilagergehörigen eine Anrede gehalten, und zwar, wie er sagt, als früherer Korporal der Legionen, in der er sich im Jahre 1917 gegen die polnisch-katholische Geistlichkeit wandte, die bis bisher noch nicht gesehen ist. Er sagte u. a.: „Ich repräsentiere in Pommern das Lager des Marschalls Pilsudki, doch ich betone, daß ich, trotzdem ich ein guter Sohn der katholischen Kirche bin, wenig Achtung vor ihren Heiligen und ihren Dienern habe in der Beziehung, daß diese mit den letzten Gott verhalten.“ Er kann nach Pommerellen mit dem christlichen Glauben, mit der Geistlichkeit zusammenarbeiten, die hier eine Stellung die Intelligenz vertrat und für die polnische Bevölkerung unter preußischer Zeit eine wertvolle Stütze war. Ich lieb mich durch die oft aufreißenden Gewohnheiten der Geistlichkeit nicht abbrechen und hielt deswegen bei dem Bischof von Kalm mit der Geistlichkeit eine Verleumdung ab, die jedoch ergebnislos war. Aber die Zeit der Wahlen war so reichhaltig an gemeinen Seitenprüngen der Geistlichen, daß es Verhängnis der Regierung zu diesen Subjekten, die das geistliche Gewand mißbrauchen, einer Revision unterzogen werden muß und zu ihrem größten Schaden geändert werden muß. Die Bevölkerung wird schließlich über die Köpfe ihrer Priester hinweggeführt.“

Kreis Soldau kommt zu Kongresspolen.

Der Kreis des Kreises Soldau hatte sich mit einem Projekt des Wojewoden von Pommerellen zu befragen, das Vergrößerung des Kreises Soldau und Unterteilung des Kreises an Kongresspolen vorliegt. Der Senat hat dem Projekt zugestimmt, das damit, daß der an Polen gefallene Teil des Kreises Soldau mit der ehemals ostpreußischen Kreisstadt Soldau nicht lebensfähig ist. Das habe sich in den letzten zehn Jahren deutlich genug gezeigt. Es werden daher Teile der Kreise Strassburg und Pöbann dem Kreis Soldau angegliedert, und zwar der Kreis Strassburg die Stadt Sanktungen und 19 Landgemeinden, vom Kreis Pöbann die 19 Landgemeinden, darunter Eichsede und Budenow. Der Kreisstadt nahm dieses Projekt der Wojewode einstimmig an. Der Senat teilt weiter mit, daß der nunmehr vergrößerte Kreis Soldau von Pommerellen abgetrennt und an die bei der neuen Verwaltungseneinigung zu gründende Wojewodehschaft von Kattowitz angegliedert werde. Soldau wird damit einerseits ehemals preußischer Kreis, der an Kongresspolen kommt, während andererseits eine Reihe von kongresspolnischen Kreisen an Posen und Pommerellen kommen. Die Einwohner des Kreises Soldau sind nicht sehr beglückt darüber, da der kulturelle Unterschied zwischen Kongresspolen und dem ehemals preußischen Gebiet genügend ist und der Kreis durch die Maßnahme geschwächt wird.

Der Ostbund hilft Dir!

Wiltet Du Ihn helfen? Dann wir Mitglieder für ihn und Leser für sein „Ostland“. Dadurch fördern Du wirksam unsere gemeinsamen Sache

Aufteilung des Kreises Schmiegel.

Der Minister hat beschlossen, den 1887 nach Aufteilung des Kreises Schmiegel entstandenen Kreis Schmiegel am 1. Januar 1932 aufzulösen und ihn unter die Kreise Lissa, Wollstein und Kolon aufzuteilen. Bekanntlich hat bereits die Kreise Wollstein und Lissa aufgelöst werden.

Siechen Deutsche wegen „Wahlvergehens“ angeklagt.

Am November 1930 wurden bekanntlich einige Deutsche aus Reichhalt wegen angeblicher Wahlvergehen angeklagt und das Untersuchungsgefängnis nach Stargard gebracht. Eine Anklageschrift war ihnen bisher nicht zugestellt worden. Erst jetzt, nachdem die Wahlen fast vorüber sind, haben sieben Deutsche die Anklageschrift erhalten, und zwar: 1. der Gehaltsführer des Bureaus der deutschen Abgeordneten in Dirschow, Kurt Knabe, 2. Baumgartenmeister Ferdinand Coubke, 3. Richter a. D. Arthur a. D. Schmalinski, 4. Emda, Kreis Karbus, 4. Friseurmeister Rudolf Schiemann, Reichhalt, 5. Kaufmann Johann Sarnicki, Reichhalt, 6. Landwirt Alfons Catalinski, Emda, Kreis Karbus, 7. Landwirtsdirektor Gustav Wambarger, Reichhalt. Den sechs ersten Angeklagten wird vorgeworfen, daß sie Wahlberechtigten „wirtschaftliche Vorteile“ gewährt haben, um sie dadurch zu beeinflussen, für die deutsche Liste zu stimmen. Ferner Wambarger wird vorgeworfen, daß er eine „Schwarze Liste“ derjenigen Mitglieder geführt habe, die aus dem Verbund ausgespartet waren, und daß er sie durch Drohungen zorniglich abge- „minder-“ „in den Verbund-“ „einzelnen-“ „zur-Verzehr-“ „vor dem Reichsgericht in Reichhalt“ hatten. Der Staatsanwalt hat angeordnet, daß die Anklageschrift eingeleitet, die Verhandlungen, denen eingehende Verhandlungen vorgegangen waren, sondern schon am 5. November 1930 statt. Der Reichsrichter wird, davon sind mir überzeugt, sicher den Beweis erbringen, daß die Deutschen bei der Wahlpropaganda durchaus legal vorgegangen sind. Der „Drohh“ wird wahrscheinlich erst im Herbst stattfinden. Die Verhandlungen der jetzt unter Anklage gestellten Deutschen ist bereits vor längerer Zeit vor dem Volksgericht in Genf anhängig gemacht worden.

Heimunterricht in deutscher Sprache nicht strafbar.

Der Wambarger Edmund Müller-Krotzschin und dessen Erbin, Fräulein Helene Sandrick-Bellowsky, waren angeklagt, ohne entsprechende Genehmigung Kindern schulpflichtigen Alters Heimunterricht in deutscher Sprache erteilt zu haben. Zu Beginn der Gerichtsverhandlung in Krotzschin ergriff der Verteidiger der Angeklagten, Rechtsanwalt Czernyewski, dieses das Wort. Er beantragte für die Angeklagten sofortigen Freispruch, da das Strafgesetzbuch für oben geschilderte Vergehen keine Strafe vorsieht. Dem Antrage des Verteidigers gab das Gericht nach längerer Beratung still und sprach die Angeklagten frei. Wegen dieses Freispruch legte die Staatsanwaltschaft Verurteilung ein.

„Rückstiehe“.

In einer polnischen Zeitung, dem „Komy Kurier“, schrieb ein katholischer Geistlicher namens Gekomski einen Artikel, den man als charakteristisch für die „nachhilfende“ Haltung des polnischen Klerus gegenüber den Deutschen anpreisen kann. Darin heißt es u. a.: „Der deutsche Hochmut, der in seinem Wesen höchste Dummheit ist, in seinem Reim den Reim trägt und dem Untergang

verurteilt, ist eine dauernde Kriegsgefahr für die Welt. Er erhöht den Reiz, den Haß, die Habgier und den ungeheuren Ehrgeiz im Volk; er lenkt die Energie und die ganze Organisation der geistigen und materiellen Kräfte auf die Vergeltung und den Raub von Sittern der benachteiligten Völker hin, namentlich des jüdischen polnischen Volkes, das seit Jahrhunderten sich gegen die germanische Gewalt auflehnt.“

Besonders seit der Zeit der Reformation, als der deutsche Abfall von der katholischen Kirche im Nihilismusglauben den Reiz der ritterlichen Tugend und Demut abstrifte und sich aufs neue mit voller Schwelgerei und satanischer Hoffart ausstattete, beginnt ein mehrer Revolutionskrieg im Denken der Europäer, der sich fortsetzte und den Anstößen über das Eigentum, Morde, Raubüberfälle, Aufstände, Kriege, Sekten, diplomatische Füge, Hinterhält, Rüstungen, Tänke, räuberische Pläne, Überfälle, die Teilungen Polens usw., kurzum der preußische, russische und englische Imperialismus. Die Reaktion war der Rapsodismus... Der Sünde der Weltkrieg und die Aufhebung Polens aus dem Ratskismus anderer Rationallisten; denn so wollte es Gott, den die bedrückte Menschheit mit Blut und Tränen und der ganzen Anspannung ihres freien Willens um Freiheit anstrebt.

Man muß sich nur wundern über ihre (d. h. der deutschen) Verblendung und Mitleid haben für das von Hochmut, neuer Habgier und Ehrgeiz nichts zu gränzen. Der Hochmut des Volk, eigentlich für seine Führer, die nicht Gottes Feind, sondern der „Satan“ ihrem eigenen und einem neuen „Verbreiten“ „Wörter entgegenführt. Angesichts der Gefahr der bolschewistischen Gottlosigkeit, die die Deutschen mehr bedroht, kann sich diese Vergeltung, besser gesagt die preußische Vorbereitung auf einen Überfall und den Raub polnischer Besitztümer, insbesondere im Hinblick auf die schätzvolle des Landes! Dieses Volk hat den anderen Völkern die Freiheit und der Welt die Erlösung gebracht, diesen Hochmutigen und Verblendeten aber staatlichen Widerstand... Die Deutschen werden solange für Europa und die Welt ein Unglück sein, bis sie nicht, auch die Juden, wirklich zu Gott und der katholischen Kirche ankehren.“

Das deutsche Kapital in Ostoberschlesien.

Der regierungstreuliche „Alltag, Kurier, Cob.“ schreibt: Ein Übergraben der deutschen Kräfte nach Polen ist nicht zu befürchten, da der langjährige deutsch-polnische Zollkrieg zur Förderung der finanziellen Wohlfühlens zwischen den beiden Ländern und zu einer weitgehenden Verbrüderung der polnischen Wirtschaft geführt habe. Engere Beziehungen zwischen der deutschen und der polnischen Bankwelt gebe es allerdings in Ostoberschlesien, wo die deutschen D-Banken Sillionen unterhalten. Das Geld wird zu diesem, das die Regierung noch keine unmittelbare Hilfeleistung an die von der Danzig finanzierten ostoberschlesischen Unternehmen plane, daß aber das polnische Finanzministerium bereit wäre, diesen Unternehmen die Erhebung der deutschen Kredite durch französische und belgische Kredite zu erleichtern. (4) Es ist also wohl damit zu rechnen, daß das deutsche Kapital noch mehr, als es bisher schon zu tun, aus Ostoberschlesien hinausgedrängt wird. Frankreich wird sich diese günstige Gelegenheit, in Polen finanziell noch mehr an Boden zu gewinnen, um die polnische Wirtschaft im antideutschen Sinne leicht zu entgehen lassen. Die Finanzkrise kann sich also auch hier zum Schaden der deutschen Wirtschaftspolitik im Auslande auswirken.

Memel — Hauptstadt Litauens?

Die Litauer sind mit ihrer Hauptstadt Romno (litauisch: Kaunas; ortsbauweise: Kaunas) nicht zufrieden. Das Verfallnis ist Romno nicht die präziseste und das heute zu Polen gehörende Wilna die rechtmäßige Hauptstadt Litauens. Romno ist mit rund 100 000 Einwohnern die einzige größere Stadt des litauischen Sprachgebietes; zugleich also die einzige Großstadt überhaupt, die man, von einer starken jüdischen, einer schwächeren polnischen und deutschen Minderheit abgesehen, als ethnographisch litauisch bezeichnen kann. In Wilna (polnisch: Wilno; ortsbauweise: Wilen) ist das litauische Element nur sehr geringfügig vertreten. Es macht dort noch nicht einmal ein Drittel der Gesamtbevölkerung aus; trotzdem wird diese Stadt aus historischen Gründen als die eigentliche Hauptstadt Litauens angesehen. In letzter Zeit wird in der litauischen Presse wieder einmal ein anderes Hauptstadt-Projekt erörtert: den Sitz der litauischen Regierung von Romno nach Memel zu verlegen, also eine rein deutsche Stadt, in der das Hauptgewicht auf ein vorübergehendes Hauptstadt des litauischen Staates zu legen. Eine Verwirklichung dieses aus wolkigen Gründen absurden Vorhabens würde eine starke Betonung der litauischen Ostseinstreben und eine Umwendung von den binnenländischen, auf das Wilnaberg gerichteten Interessen, also eine nicht mißzuverehende Kompromisse gegen Deutschland und zugleich eine Streben nach gegenüber Polen bedenklich. Die Situation Memels besteht in einer Fehlgang seiner Stellung im Binnenland und auf die Forderungen

Zusammenarbeit mit Deutschland. Diese Zusammenarbeit hat aber zur unerlässlichen Voraussetzung, daß Litauen sich über aggressiven Maßnahmen gegen das deutsche Memelland enthält. Vor kurzem ist in der litauischen Königsberger Zeitung, die „Königsberger Hartungische Zeitung“ die alarmierende Nachricht von einem bevorstehenden litauischen Gewaltstreik gegen das Memelland. Die litauische Regierung hat daraufhin diese Zeitungen für die Dauer eines Jahres in Litauen verboten, wogegen das deutsche Auswärtige Amt Protest eingereicht hat. Hierin ist Litauen nicht aus juristischlicher, sondern aus wirtschaftlicher Hinsicht zu bedauern. Durch die Propaganda des Planes, Memel zur Hauptstadt Litauens zu „erheben“, befähigt die litauische Presse nun ihrerseits die Wahrheit dieser Nachricht eines geplanten Gewaltstreikes. Denn es ist klar, daß Memel nur dann litauischer Regierungssitz werden könnte, wenn seine internationalen Beziehungen nicht überflüssig werden. Hierin ist Litauen nicht, ohne seinen Verpflichtungen gegenüber dem Völkerbund Gewalt anzusetzen, hinwegsehen kann. Die öffentliche Meinung in dem kleinen Staate ist stark von Stimmungen abhängig und leicht in einem bestimmten Sinne zu beeinflussen. Es sollte daher einer der wirklichen Interessen dieses Staates und Polen und Frankreich begünstigen, Litauen, die das für Litauen lebenswichtige freundschaftliche Einvernehmen mit Deutschland immer wieder gefördert, ein Ende zu machen.

Notverordnung über Gebühren für Auslandsreisen.

Erlass dieser Gebühren für Reisen in die abgetretenen Gebiete.

In Verfolg der sehr berechtigten Bemühungen der Reichsregierung, die Verschärfung von Kapital in das Ausland zu verhüten und unnötigen Reisen der Reichsbürger zu verhindern, ist durch Notverordnung vom 18. Juli 1931 (Reichsgesetzblatt I Seite 376) angeordnet worden, daß bei Reisen in das Ausland an die Paphbehörde eine Gebühr von 100 RM. in jedem Falle zu entrichten ist.

Diese Notverordnung, die Ausnahmen nicht enthält, hat naturgemäß besonders große Beunruhigung auch unter den Deutschen in diesseits und jenseits der Ohrenge bezogen. Die aus dem abgetretenen Gebiet stammenden Angehörigen und sonstigen verdrängten Deutschen, die im Reich leben, haben aus familiären und menschlichen Gründen natürlich ein großes Interesse daran, daß ihnen Besuche in der alten Heimat nicht unmöglich gemacht werden. Da sie aber durch ihre Verdrängung ihr Vermögen zum großen Teil verloren haben, vielfach sogar gänzlich verarmt sind, so fällt es ihnen schon schwer, die Kosten einer solchen Reise aufzubringen, namentlich, wenn ihr neuer Wohnort meilweit von der alten Heimat liegt, wie es in vielfach der Fall ist. Daneben noch 100 RM. für jede Reise an Gebühren aufzubringen, ist für die meisten aus dem abgetretenen Gebieten Vertriebenen eine glatte Unmöglichkeit. Wieviel neues Kapital es zur Folge haben müßte, wenn für die bisher bestehenden Möglichkeit, daß Verdrängte ihr Eltern und sonstigen Verwandten im abgetretenen Gebiet besuchen konnten, befristet worden wäre, braucht kaum näher dargelegt zu werden. Kinder hätten dann kranke Eltern drüben vielfach nicht mehr besuchen, ja auch zum Besonderen liebster Angehöriger nicht mehr fahren können. Bringende Reisen zur Regelung wirtschaftlicher Angelegenheiten hätten unterbleiben müssen; Kinder, die bisher ihre Ferien bei ihren Großeltern oder sonstigen Verwandten drüben verbrachten, hätten nicht mehr hinüberfahren können. Dabei ist besonders zu berücksichtigen, daß die großen Schifferlinien im Westen erst am 29. Juli begannen, doch viele Verdrängte im Westen schon die Selbstkartei bestellt haben, um nach Beginn der Reisezeit in der Regel ihrer Familien in die Heimat zu fahren und daß sie nun nicht in der Lage gewesen wären, die Fahrt anzutreten.

Auch für die in den abgetretenen Ohngebieten verbliebenen Deutschen würde es eine große Härte sein und in vielen Fällen wirtschaftlich schaden, wenn die Besuchsreisen in das Ausland für diesen Verwandten praktisch mehr oder minder unmöglich gemacht würden. Das Drübenbesuchen würde dadurch vielen auch sehr viel schwerer gemacht, als dies ohnehin schon der Fall ist.

Mit Rücksicht auf diese Sachlage sind mir mit großem Nachdruck bei der Reichsregierung diese Erwägungen vorgebracht, doch in den Ausführungsbestimmungen der erwähnten Notverordnung die Möglichkeit geschaffen werde, bei Reisen von Reichsbürgern in die abgetretenen Ohngebiete die Gebühr von 100 RM. für Auslandsreisen zu erlassen. Innerhalb der Reichs- und Staatsregierung befand noch vornehmlich solches Verständnis für die Notwendigkeit solcher Ausnahmeregelungen, aber es trug sich natürlich auch Widerstände dagegen. Ängstliche wurden Ausreisungsverhandlungen darüber geführt. Umfassend nur unsere Bundesleitung bemüht, bei den zuständigen Stellen für möglichst weitgehende Berücksichtigung von Ausnahmen für Reisen in die abgetretenen Teile „Polens, Ost- und Westpreußen, Oberschlesiens und in der Reichsstadt Danzig zu erwirken.“ Der Erfolg dieser Bemühungen bildete die Bundesleitung folgendes Telegramm an die Reichsregierung:

„Reichskanzler

Berlin.

Weglich der an sich von uns dankbar begrüßten Notverordnung über Gebühren bei Auslandsreisen bitten wir dringend, in den Ausführungsbestimmungen den Erlass dieser Gebühr vorzusehen für Reisen von Besuch Angehörigen im abgetretenen Gebiet, welche für das Ausland keine Kosten verursachen und zu notwendigen Besprechungen familiärer und wirtschaftlicher Angelegenheiten im Reich lebender Deutscher mit Deutschen im abgetretenen Gebiet. Die Notverordnung hat in interessierten Kreisen diesseits und jenseits der Ohrenge große Aufregung hervorgerufen. Die Verbindung zwischen Opolanten und Verdrängten im Angehörigen im abgetretenen Gebiet würde für das Ausland unmöglich, die Gebühren nicht zu zahlen. Das ist auch bei den Deutschen, die in den abgetretenen Gebieten deutsche Familien im abgetretenen Gebiet geschildert; selbst Kinder können Eltern und nicht bei tödlichen Erkrankungen nicht besuchen und nicht zu Begräbnissen fahren. Im Westen, wo Schifferlinien erst am 29. Juli begannen, haben viele Familien mit Kindern Karten zu Sonderreisen bestellt, um in die alte Heimat zu fahren. Sie können in den sonstigen Unkosten die 100 RM. Gebühr je Paß nicht aufbringen. Im Interesse der verdrängten Ostpreußen, aber auch im dringenden Interesse des Deutschstums in Polen ist der Gebührenreue unbedingt notwendig. Kapitalverhebungen sind in solchen Fällen nicht anzunehmen.

Das Bundes-Präsident:

Günther Schmidt

An die hauptsächlich beteiligten Reichsministerien sowie an das Preußische Staatsministerium und das Preußische Innen-Ministerium wurden wir uns mit Erlassen im gleichen Sinne.

Zu unserer Freude sind die Ausführungsbestimmungen zur Verordnung über die „Paßgebühren“ vom 21. Juli 1931 Ausnahmen

für Reisen in das abgetretene Gebiet vorgezogen. § 3 bestimmt nämlich, daß die Gebühr u. a. nicht erhoben wird beim überfahren der Grenze in kleinen Grenzverkehr zwischen dem Reich und dem abgetretenen Gebiet, namentlich im Grenzverkehr mit Oberschlesien vom 11. Juni 1922, ferner zum Zwecke der Auswanderung und der Arbeitsaufnahme oder zur Erfüllung eines Dienst- oder Werkvertrages im Ausland; ebenso (§ 3 Ziffer 9) „bei Reisen nach den abgetretenen Gebieten zum Besuch von Angehörigen in dringenden Fällen, nicht etwa nur bei Krankheits- und Lebensfällen“; endlich auch (§ 3 Ziffer 5) „bei Transporten von erholungsbedürftigen Kindern unter 15 Jahren, soweit es sich um Sammeltransporte handelt; in diesem Falle wird die Gebühr von dem Begleitpersonal des Sammeltransportes nicht erhoben.“ Zu den abgetretenen Gebieten gehört auch der Reichsstadt Danzig.

Es ist zu beachten, daß diese Ausnahmen nach dem Wortlaut obiger Verordnung gelten für alle Reisen nach dem abgetretenen Gebieten. § 4 bestimmt, daß das Vorliegen der Voraussetzungen für die Befreiung von der Gebühr gemäß § 3 glaubhaft gemacht werden muß. Das ist zwar eine gewisse Erleichterung. Diese lag ja aber schon für die Erlangung des politischen Einreisepaßes, das bisher vor und ließ sich in den meisten Fällen überwinden und wird sich auch bei überwindlichen Schwierigkeiten. Es ist zu beachten, daß § 8 der Durchführungsbestimmungen die Beschränkungen der Entscheidung der Paphbehörde oder Paphschaubehörde beim Präsidenten des zuständigen Passinspektors — der endgültig entscheidet — jüdisch sind. Für Reisen mit der Bahn durch den Weichsel-Portale und mit Schiffen in und über Ostpreußen, die nach der Reichsstadt Danzig und dem ostpreussischen Gebiet jenseits des Warthebogens verkehren, sind nach die Bestimmungen der Durchführungsverordnung unter § 3 Ziffer 6 von Wichtigkeit: „§ 3, Ziff. 6: auf Reisen mit öffentlichen Verkehrsmitteln, die nach über ausländisches Gebiet führen, aber in Deutschland beginnen und enden, sofern sich der einzige Aufenthalt im Ausland außerhalb des benannten Verkehrsmittels nicht über 12 Stunden erstreckt.“ — Das gleiche gilt auch für Seereisen, sofern der Schiffsport an der ganzen Fahrt teilnimmt und, von geringen Ausnahmen abgesehen, auf dem Schiff übernachtet.

Serner ist die Befreiung von der Gebühr für Geschäftsreisen gemäß § 3 Ziffer 7. Diese Befreiung lautet: „§ 3, Ziff. 7: von selbständigen Gewerbetreibenden und deren Angestellten, sofern die zuständige Polizeibehörde nach Anhörung der Handelskammer bescheinigt, daß es sich um eine aus geschäftlichen Gründen notwendige Reise handelt.“

Die zuständige Paphbehörde muß nach Prüfung der Voraussetzungen gemäß § 3 in dem Paß den Vermerk eintragen: „Von der Entrichtung der Ausreisegeldern befreit.“

Als Paß gelten auch die für den Grenzübertritt zugelassenen Passpapiere.

Gegen einen Aufschlag von 50 o. h. kann die Gebühr statt an die Paphbehörde auch an die Grenzübergehungsstelle, an die Paphschaubehörde entrichtet werden. In diesem Falle muß im Paß vermerkt werden: „150 RM. Ausreisegeld entrichtet.“

Nach § 9 der Durchführungsbestimmungen „wird die Gebühr nicht erhoben für Reisen, die vom Beginn des 22. Juli 1931 angetreten sind, sofern die Grenze bis zum Ablauf des 22. Juli 1931 überföhren sind.“

Den Wortlaut der Ausführungsbestimmungen teilen wir unsern Ortsgruppen durch Rundschreiben Nr. 4 mit.

Wir begrüßen die Möglichkeit, die Paphgebühren für Reisen in das abgetretene Gebiet im dringenden Maße zu erlassen, mit großer Beunruhigung. Es wäre nicht zu verstehen gewesen, wenn diese Ausnahmeregelungen nicht getroffen worden wären. Wir hoffen und wünschen, daß die Paphbehörden diese Ausnahmeregelungen so weitestgehend wie möglich auslegen, denn über den finanziellen Wert dieser weitaus das national-politische Interesse.

Eine große Härte stellt die Notverordnung nach wie vor für das deutsche Volk in Ostpreußen in Südpolen und im sonstigen Ausland dar, da die Reisen von Reichsbürgern in diese Gebiete durch die Belastung mit 100 RM. je Paß naturgemäß sehr erschwert werden. Wir hoffen ja, daß es möglich sein wird, die ganze Notverordnung sehr bald wieder aufzuheben. Sollte das aber nicht der Fall sein, so wird ersehnt, daß darauf Beachtung genommen wird, sobald sich Anzeichen aus dem Ausland für einen Rückgang der Reise in das Reich zeigen. In diesem Sinne hat bei der Vorstand des Deutschen Schutzverbandes nach eingehenden Beratungen, an denen auch der Deutsche Ohnbund und der Verein für das Deutschstum im Ausland beteiligt waren, mit dringenden Erlassen an die Reichsregierung gesandt.

Unver-
züglich

müssen Reuestellungen auf unser „Öffentl.“ für August/September aufgegeben werden. — Bei später erfolgten Bestellungen ist eine Sondergebühr von 20 Pf. zu zahlen. Der Bezugsspr. für Aug./Sept. beträgt 1,- M. (ohne Zustellungsgeb.)

Bundesnachrichten.

Wiederaufnahme der Dienstförfene.

„Von der ersten schweren Erkrankung meines Lebens wiederhergestellt, habe ich die Dienstförfene wieder aufgenommen. Es ist mir ein aufregendes und herrliches Bedürfnis, für die überausgeliebte Säule von Beweisen der Teilnahme, die mir während meiner Krankheit von der Bundesversammlung, den Landesverbänden, Ortsgruppen und Einzelmitgliedern sowie von anderen Organisationen und Personen zugegangen sind, meinen innigsten Dank auszusprechen. Ich bitte, mir zu gestatten, es auf diesem Wege zu tun, da es mir unmöglich ist, für alle diese Beweise herrlicher Sympathie und festen Vertrauens einzeln zu danken. Glücklicherweise gemeinsamer, erfolgreicher Arbeit für unsere heilige oltsmährische Sache!“

Rundschreiben Nr. 3

„Ich am 20. d. M. an die Landesverbände zur Verteilung an die Ortsgruppen ausgegeben worden. Es enthält eine hier wichtige Mitteilung über die Bemühungen der Bundesleitung des Oldlands und der Arbeitsgemeinschaft der Schuldlosenverbände gegen die Verschlechterung der Kurse der Schuldbucheinträgen mit dem Verlust aus den Beschlüssen des Reichsfinanzministers sowie Forderungen, die aus den Kreisen der Geschädigten in dieser Beziehung erhoben worden sind. Ferner bringt es eine ebenso wichtige Stellungnahme der Bundesleitung zu der Frage der Entschädigung für erhaltene Abwandssteuer sowie die Einlage der Bundesleitung an das Preussische Innenministerium zur Wahrnehmung der Interessen verdorrängter Schritte sowie weitere fünf bemerkenswerte Mitteilungen. Was machen auf den wichtigen Inhalt dieses Rundschreibens ganz besonders aufmerksam. An Einzelpersonen werden diese Rundschreiben nicht abgegeben, ihr Inhalt wird vielmehr den Mitgliedern in den Ortsgruppenversammlungen bekanntgegeben. Zur diejenigen Ortsgruppen, die mit ihren Beiträgen nicht über Gebühr im Rückstände sind, erhalten die Rundschreiben. In dieser Hinsicht wird künftig noch strenger als bisher vorgegangen. Wir bitten daher alle mit Beiträgen rückständigen Ortsgruppen den Landesverbänden um schieunige Zahlung und damit weiteren wichtigen Rundschreiben, die für sie ganz unentbehrlich sind, ihnen nicht vorenthalten werden müssen.“

Rundschreiben Nr. 4

„Am 23. Juli den Ortsgruppen über die Landesverbände zu. Wir haben darin den Ortsgruppen die Mitteilung 1 der Nr. 1 der Verordnung über die 100-Mark-Gebühr für Auslandsreisen, 2 die Durchführungsbestimmungen zu dieser Rotationsordnung mit, um die Ortsgruppen in den Stand zu setzen, ihre Mitglieder in unvorkommenden Fällen in dieser Angelegenheit genau beraten zu können. Außerdem enthält das Rundschreiben die Einlage der Bundesleitung an den Reichsfinanzminister der Dietsch mit der erneuten Bitte um weitere Maßnahmen gegen Kursverluste der Schuldbucheinträgen, die für die Geschädigten untragbar sind.“

„Haus Oldland“ im Spreewald.

„Auch in diesem Jahre erfreut sich unser Ferienlohnheim „Haus Oldland“ im Spreewald (Westhof) wieder einer lustigen Anzahl von Besuchern, die dort in der schönen Umgebung bei Angeln, Schwimmen und Wandern für den kommenden Winter ihre Gesundheit härken wollen. Seit dem letzten Jahre geht es im „Haus Oldland“ anders munter zu, denn 43 erholungsbedürftige Kinder, zum größten Teil aus Ostpreußen, sind eingetroffen, die sich unter der laudenswürdigen Leitung und der liebevollen Pflege von Sri. Säter sehr wohl fühlen.“

Wir hoffen, daß sowohl unsere Privatgäste als auch die Kinder sehr gern an die sonnigen Tage im „Haus Oldland“ zurückdenken werden.“

Aus der Bundesarbeit.

Landesverband Berlin-Brandenburg.

„Die Ortsgruppe Erkatz unternahm am 12. Juli eine Dampferfahrt mit einem „Abbling-Dampfer“ vom Restaurant Knaack in Woltersdorf nach Berlin. Weil Dampfer, die gegen Mittag von Berlin kommen, fast den Woltersdorf nach Berlin zurückfahren, hatte sich der größte Teil der Mitglieder, deren Familienangehörige und Gäste zu der Fahrt eingefunden. Da mehrere Sabräge nicht an Bord waren, bildete die herrliche Fahrt ein richtiges Familienfest. Man konnte sich auf dem Dampfer frei bewegen, und es bot die wunderbare Natur den Teilnehmern, besonders denen, welche die Wallfahrt noch nicht konnten, einen außerordentlich interessanten. Der Fahrpreis war sehr gering, die Kinder fuhren gratis. Der Dampfer, ein „Grosser“, Nr. 21. So ist man, ein Kenner der Wallfahrt, erklärte den Teilnehmern die Umgebung und die Sehenswürdigkeiten. Auch begrüßte er alle an der Fahrt Beteiligten auf das herzlichste, gab bekannt, daß die Ortsgruppe in den Wall auf drei sehr wertvollen Jahren gelangt sei, Zahlen aus dem Befristungskreise sowie aus den Krisen 1864, 1866 und 1870/71, die eine ganz besondere historische Bedeutung haben.“

„Die offizielle Übergabe wird am 18. Oktober d. J. erfolgen. In Berlin angekommen, führte man sich während des ersten Aufenthaltes, dann traten einige Teilnehmer die Wanderung durch Berlin an, ein anderer Teil fuhr mit der Bahn und ein dritter Teil mit dem Dampfer nach Woltersdorf zurück. Auch die als Gäste an der Fahrt Beteiligten hatten sich so wohl unter den Umständen gefühlt, daß sie ihnen zwei als neue Mitglieder aufnehmen konnten.“

Landesverband Westfalen.

„Ortsgruppe Eichen. Der Bericht der Ortsgruppe am 10. d. M. 26. September an den Landesverband Westfalen (Abbling) und außerdem muß es in diesem Bericht auch Konkret Meidowiski Makomski heißen.“

Landesverband Rheinland-Westfalen.

„Ortsgruppe Wesel. Der Landesverband veranstaltete anlässlich der Feier des städtischen Bestehens der Ortsgruppe Wesel eine große Kundgebung in Wesel, die mit einer Vertretertagung verbunden war. Der Vertretertag nahm den Bericht über die Bundestagung entgegen und behandelte im wesentlichen Organisationsfragen interner Art. Dem Landesverbandsvorsitzenden Sieg wurde die folgende Ehrennadel des Verbandes überreicht. Ein Rundgang führte die Gäste durch Wesel. Nach einem lustigen Umzug durch die alten Straßen der Stadt versammelten sich die Teilnehmer im Theaterhof, wo nach einem Musikvortrag und eindrucksvoll gesprochenen Worten von Frau Dr. Frau Dr. Ortsgruppenvorsitzende Krüger die Gäste begrüßte, insbesondere den ersten Abgeordneten des Westfälischen Landesverbandes, Herrn Abgeordneten Siegel, sowie den Vorsitzenden der Ortsgruppe, Herrn Direktor der städtischen Handelsschule, Maulauf, den Vorsitzenden des Verbandes heimattreuer Verbände Ellen, Herrn Günther, die Vertreter der Kirchenbehörden, Herrn Maior Hübbe, Herrn Dr. Müller, den Seelsorger sowie den katholischen Arbeiterverein, die freiwillige Sanitätskolonne, die freiwillige Feuerwehr, den Verein ehemaliger Kriegsgefangener, die Fußball-Ortsgruppe der R.V. und R.F.-Bewegung sowie den Landesverbandsvorsitzenden, Felber Sieg, und polnische Bundestrainee, die mit ihren Fahnen erschienen waren und auf der Bühne Aufstellung genommen hatten. Der Stadtvorstand, besonders dem Stadtvorstand, sagte der Rede für ihre Unterstützung herzlichsten Dank. Die geliebte Schilddrüse des Landesverbands, die Ortsgruppe in der Ortsgruppe Wesel ein Begrüßungstelegramm sandte, hatte und sprach über die Not der Vertriebenen, wie der in der alten Heimat gebliebenen Oltsmährer und über die Pflicht, die sie eigentlich zukunftsfrage des deutschen Volkes. Abgeordnete Stadtbaurat Kochs überbrachte die Grüße der Stadtvorstand, insbesondere des lehrerverbands Herrn Bürgers, des Bürgervereins, des Vereins der verweselt. Das geliebte Westfälische viel Oltsmährer weite Heimat geworden. Die Stadt habe selbst noch dem Verlust der Garnison eine Freude übergeben. Das Wenige, was sie zu geben vermöge, sei nicht ohne Überfließen genommen worden, aber doch von Herzen der Wertschätzung. Der Vorsitzende des Landesverbandes, Felber Sieg, überbrachte die Grüße des Verbandes und des Ortsrats, dem leider eine Teilnahme nicht möglich war. Der 1. Vorsitzende Krüger sand kurze, zu Herzen gehende Worte zum Gedenden der Letzen und derer, die in der Heimat zurückgeblieben sind. Mit einem von Sri. Pobjoski gesprochenen Prolog begann der zweite Teil, die Feste erinnerte, an denen die Oltsmährer von Haus und Hof vertrieben, um die Früchte ihrer Lebensarbeit getragen wurden. Der Deutsche Oldland melle etwas Größeres und Schöneres sein aus Entscheidungsgemein. Seine größte Aufgabe bestete in dem Kampfe um die Wiedergewinnung der verlorenen Oltsmähr. Die Weltgeschichte beweise, daß die Völker zwischen den einzelnen Staaten liegende sind, daß die Völker durch Kauf der Freiheit und der Freiheit des ganzen Volkes weckt, damit das Weltgelingen erwache und das Weltgeringen einen Spruch der Gerechtigkeit fällt. Wir wollen uns in unserem Kampfe um die verlorenen Heimat das Wort des Dichters zu eigen machen, welcher sagt: „Nicht die Kraft der Arme noch die Längigkeit der Waffen, sondern die Kraft des Willens ist es, welche Sieg erkämpft.“ Mit der Wertschätzung der Weltgeschichte und der Unterdrückung der gesamten Bevölkerung finden wenig und mit einem „Off Heil“ (schloß der Redner. (Fortsetzung folgt.)

„Ortsgruppe Wuppertal. In Gebieten, Fiebern und Worten gedachte der Oldland des Abfimmungstages (11. Juli 1920) in Old- und Westpreußen. Der Vorsitzende erinnerte an die Darstellung Dabewenjs gelegentlich der Einweihung des Wilken-Denkmal in Polen, monach es ihm nach kurzer Unterredung beim Abbling in Versailles gelangen sei, Wilkon, trotz eines vertriebenen Selbstbestimmungsrechtes, den Wunsch zu äußern, die Freiheit in Ostpreußen zu erlangen, teils aus Rache, teils in völliger Unkenntnis über Polen und Westpreußen, unentbehrlich deutschen Kulturboden, über eine Million Menschen, denen sie damit unangenehm sehr bereiteten. Im nordöstlichen Westpreußen und jüdischen Ostpreußen aber sollte, weil die Bevölkerungszusammensetzung weitestgehend erziehen, die Abstammung entscheiden. Durchschönheit mehr als 95 v. B. Jüdischen

trotz der deutschen Notlage für Mutter Deutschland. Niemand wird bei solchem Ergebnis im Zweifel sein, daß die einer Gesamteinstimmung Westpreußen mit Danzig und der größte Teil Polens bei Deutschland verbleiben würde, ebenso das Memelland, dessen Vortag durch den 29 Abgeordneten 24 deutsche zählt. Wir brauchen unsere geräumten Lebensraum für unsere Staatsautorität haben. Sie wollen alle, Danzig kein Mitglied ohne Staatsautorität haben. Sie wollen alle, was uns juristisch. Sie hoffen auf ein Einig ist auch der Schwabe stark. Das allen aus dem Herzen gesprochen war, zeigte der Beifall.

Landesverband Wasserkanäle.

Die Ortsgruppe Riel hatte zum 28. Juni die Mitglieder mit ihren Angehörigen zu einer Versammlung eingeladen. Kurt Schönbauer, Führer der Jungfahr Graf-Hamburg, hielt einen feierlichen Vortrag über Art und Ziele der Jugendarbeit im Deutschen Oldenburg. Ausgehend von der Not der deutschen Jugend in der Jetztzeit zeigte er Weg und Ziel der ostmärkischen Jugend. Nach kurzer Aussprache nahmen sich acht Jugendliche zur Aufnahme. Der 1. Vorsitzende, Landsmann Brosch, gab alsdann die erfolgte Gründung der Jungfahr Riel im Deutschen Oldenburg bekannt. Als Führer wurde Otto Kinao, Riel, Mühlstr. 77, III, bestimmt. Kurt Schönbauer, erstrent über den Erfolg, überbrachte die besten Wünsche Jungfahr Hamburg und versprach, die jüngste Jungfahr im Landesverband mit Rat und Tat zu unterstützen. Mit einem kräftigen Ost-Beifall schloß er seine Ausführungen.

Arbeitsgemeinschaft der Mitteldeutschen Verbrängten-Verbände.

Am 5. Juli veranstaltete die Arbeitsgemeinschaft der Mitteldeutschen Verbrängten-Verbände (Geschäftsstelle Leipzig) am Grabe Clemens Denbarbts in Bad Seiza eine große Ehrung, die in allen ihren

Teilen durchaus würdig und feierlich verlief und durch gut ausgeübte und packend vortragene Ehre der „Vereinigten Seizangereine“ Bad Seiza unter Leitung von Gemeindevorsteher Schöngert umhüllt wurde. Nach einleitenden Worten des Vorsitzenden der Arbeitsgemeinschaft, Sekretärs K. W. Hänle, Leipzig, der Jubiläumswort, die Ehre der Seizangereine und Seizangereine und Abgeordneten bekanntgab, und einem Gedächtnisvortrag, am Oberlehrer K. O. Leipziger in seiner Selbstredung ausführlich auf Denbarbts Lebenswerk und auf sein schweres Schicksal bei der Auslieferung an England ein. Er feierte den geborenen und einzig dastehenden friedlichen Kolonialisten, den Freund der Eingeborenen und ersten und größten Pfleger seiner Zeit. In diesem Grade schloß nicht bloß Denbarbt, das ruhm- und Deutsch-Afrika und Seizangereine und Abgeordneten und barren der Unterlebens-Afrika, sondern legte ein ehemaliger Deutsch-Afrikaner unter Dankesworten an Denbarbt in der Selbstprophetie einen Kranz nieder. Endlich beschloß Oberlehrer Führer als Stadtvertreter die Reden mit einem Dank der Gemeinde an die Veranstalter und einer kurzen Würdigung des Mitseizangereine Denbarbt. — Nachmittags wurde im Schützenhaus eine Entschuldig an die Verbrängten aus dem Ostpreußen, aus Oberhesseln, Schles-Vorbringen, die Auslands- und Kolonialdeutschen halten an dem als gemäßigten anerkannten alten Programm der großen Arbeitsgemeinschaft für den Erfolg von Kriegs- und Verbrängten-schäden in Berlin fest und erwarnten, daß der Reichstag mit der unerlässlichen Finanzreform auch eine Regelung der Entschuldig verbindet, die nur allein auf einen Ausgang hin ruhm- und Deutsch-Afrika und Seizangereine und Abgeordneten (Skizzen) stellt. Sie fordern vom Reich die volle Selbstabhaltung der Liquidationsarbeiten, wie sie im Verfaller Vertrag verankert ist. Wenn das Reich bei den Verhandlungen in Paris und im Haag auf Liquidationsarbeiten, die für die weiteren Entschuldigungen in Betracht gekommen wären, verzichtet hat oder hat verzichten müssen, so darf das nicht auf Kosten der Selbständigen gehen. Sie können sich damit nicht einverstanden erklären, daß bei der Regelung der Reparationen die Berücksichtigung der Rechte gemäßigten den Selbständigen außer acht gelassen sind und fordern eine Entschuldigungsreform, die es den Selbständigen ermöglicht, sich wieder in das Wirtschaftsleben einzugliedern.

Mitteilungen aus der ostdeutschen Heimat.

Personliches.

Paul Rattau 50 Jahre alt.

Der 1. Vorsitzende unserer Ortsgruppe Berlin-West, Herr Paul Rattau, in Berlin SW 11, Dessauer Straße 8, hat am Donnerstag, den 16. Juli, sein 50. Lebensjahr vollendet. In Stimmwalde (Ostpr.) geboren, ist er bei verschiedenen Genossenschaftlichen Zeiter gewesen, seit 1909 in Mißchenwalde i. Pol. Er hat aktiv gebient beim Südost-Regt. 5 in Polen und war Kriegsteilnehmer von Beginn bis Ende als Offiziersstellvertreter. Durch den politischen Umsturz wurde auch er zur Abwanderung Ende 1920 gezwungen. Herr Rattau ist in der damaligen Vorprüfungsstelle Berlin-Ostpreußen gewesen. Er hat hier Jagensreich wirken können. Auch die Mitglieder seiner Gruppe besitzen in ihm einen tüchtigen Berater. Herr Rattau ist ferner Geschäftsführer der Ostmärkischen Spar- und Darlehnskasse G. m. b. H. in Berlin und der Gemeinnützigen Bauvereinschaft Landesverband Berlin-Brandenburg des Deutschen Oldenburgs e. G. m. b. H. in



Berlin SW 11, Dessauer Str. 8, auch Vorstandsmittelglied des Landesverbandes Berlin. Seine mannigfachen Verdienste sind schon durch Übertragung der Ehrenurkunde und durch Verleihung der Silbernen Ehrennadel des Deutschen Oldenburgs genügend worden.

Kreisoberinspektor Ernst Binder.

Auf eine 40jährige Amtszeit blickte am 16. Juli Kreisoberinspektor Ernst Binder am Vortragsstolp i. Pom. juristik. Regierungsrat Dr. Güntherer beglückwünschte in Vertretung des Vortrags den Jubilar im Berlin der Beamten mit herzlichsten Worten. Der Regierungsratpräsident in Köslin hat Binder durch ein längeres Glückwunschschreiben ausgesprochen. Vortrags Dombols ließ dem getreuen Beamten ein Jubiläumsgeldchen überreichen. Viele Glückwünsche und Blumenpenden erfreuten den Jubilar. Binder ist ein treuer Sohn der Ostmark. Dreißig Jahre seiner Tätigkeit gehören der Provinz Oberhesseln, Oppeln, Falkenberg, Rybnik, Rattowits waren die Stätten seiner Wirksamkeit. Eine Entlassung machte er im Rattowitsministerium beschäftigt. In Oberhesseln hatte Binder auf dem Gebiete der

Schulen große Aufgaben zu lösen, das die sprunghafte Entwicklung der Landesgemeinden zu berücksichtigen und die besten Schulien der verschiedenen Arten und Systeme erforderte. Besonders fleißig gestaltete sich Binders Arbeit im Rattowits Verbandsamt während der Abmünnungszeit, als der Vortrags in den Händen der terroristischen, hintergehenden Aufständischen war. Von den Polen verfolgt, mußte Binder nach der ungeraten Abtretung Oberhesseln Rattowits verlassen. Nach seiner Verletzung an das Stolper Vortragsamt arbeitete er in Bamber zehn Jahre lang in Oppommern, wieder im Grenzgebiet, das ihm eine Heimat gegeben ist. Seine Haupttätigkeit liegt hier auf dem Gebiete der Schulen und der vielen Zielungen. Besetzt von einer ganz außergewöhnlichen Arbeitsenergie, schloß auf seine vieljährige reiche Erfahrung, gerade auch in Grenzlandfragen, ist Binder hier der rechte Mann auf dem rechten Posten. Seine Erfolge lehren ihm nicht nur die Anerkennung seiner vorgesetzten Behörden, sondern auch den Dank des eigenen Kreises.

100 Jahre 8. Monat.

Am 13. Juli ist die älteste Festschönauerin Frau Vertha Dausappel, Mollstraße 7-8, im Alter von 100 Jahren und 8 Monaten gestorben. In ihrem 100. Geburtstag, am 16. November des vorigen Jahres, war sie noch Gegenstand großer Ehrungen gewesen. Der hatten im „Oldland“ Nr. 47 Lebenslauf und Bild der Ostpreußen gebracht.

Bermüht: Ernst Vogel, Sohn des Rittergutsbesizers E. Vogel, Welmitz bei Gnesen, und Friedrike Charlotte Fessel, Tochter des Kaufmanns Friedrich Fessel in Gnesen; Erl. Käthe Siskind in Berlin-Schöneberg, Raifer-Friedrich-Strasse 6, früher Bromberg, mit Herrn Kurt Siesang in Karlsruhe (Südfrankreich) am 15. 7.

Goldene Hochzeit: Kleinrentner, früher Versicherungsinspektor Ferdinand Rischke, Berlin N 54, Sophiestr. 18, früher Bromberg, mit seiner Ehefrau Ida, geb. Förster, am 25. 7.

Bekehrte Ostländer: Gültigerichter Hermann Klabundt der Striber von Wilamowitz-Giltberg-Berlin. Gültigerwerbend in Kobelnik, Kreis Strelno, 60 J. alt. Er ist hier der Herrschaft Robelnik 34 Jahre lang bewährte Kreuze mit Generalvollmacht betraut; Wanda Fiedler, Gattin des Buchdruckereibesizers Siebke in Rasthof O.-C., fr. Ostrome und Krotowitz, am 31. 7. 70 J.; Witwe Bernice in Berlin, fr. Bromberg, am 27. 7. 80 J.; Hermann Zenger in Wommern a. fr. Pommern, am 28. 7. 72 J.; Wanda Zenger am 26. 7. 67 J.; Frau Hulda Hartmann, geb. Schumann, Ehefrau des Kaufmanns Hugo Hartmann in Erfurt, Rordhauerstr. 113, früher Polen-Jerlis, Holtkorn 8, und Pudomys-Welau, am 3. 6. 75 J.

Gestorben: Altheier Theodor Bell, Dalkhou, Bez. Posen, am 28. 6.; Obermeister Erik Werner in Bromberg am 18. 7.; Pfarrer i. R. Heinrich Schierland in Womst am 19. 7.

Aus der uns verbliebenen Ostmark.

Srenjmark Polen - Westpreußen, mittlere Ostmark und Pommern.

Schneibühel. Am 20. Juli nachmittag, kurz vor 4 Uhr, ging ein polnisches Militärfliegerzeug bei Schneibühel nieder. Das Flugzeug flog über Schneibühel in etwa 150 Meter Höhe. Es landete leblos, nachdem es einige Rundflüge über der Stadt ausgeführt hatte, auf dem ehemaligen Flugplatz an der Kronenker Chaussee. Die beiden Anführer des Fluges sind Angehörige des 4. polnischen Jägerregiments in Thorn. Die beiden letztgenannten Jäger geben an, sich auf dem Weg von Kolo nach Thorn verlorren zu haben. Da sie nur noch 30 Liter Benzin im Tank hatten und nicht wußten, wie weit sie bereits nach Deutschland hineingeflogen seien, hätten sie die Landung absichtlich vorgenommen, um sich erst einmal zu orientieren und dann möglicherweise über die Grenze zurückzuffliegen. — Das jugendliche Amtsgericht Schneibühel errichtete den Kapitän Czuro-Jewski wegen unzulässigen Grenzübertretens in Kotelewin mit Verurteilung gegen § 31 des Luftverkehrsgesetzes und § 100 Abs. 1 der Luftverkehrsordnung zu drei Eagen Haft. Der Sergeant Wisniewski wurde wegen der gleichen Vergehen zu drei Eagen Haft und wegen eines weiteren Vergehens gegen § 74 Abs. 2 der Luftverkehrsordnung zu 20 Mark Geldstrafe verurteilt. Die beiden Angeklagten nahmen das Urteil an. Auch die Anklagebehörde verzichtete auf weitere Rechtsmittel. Man rechnet damit, daß den polnischen Fliegern nach Verbüßung ihrer Haftstrafe die Erlaubnis erteilt wird, von hier aus mit ihrem Flugzeug nach Polen zurückzufahren.

Aus der uns geriebenen Ostmark.

Uns Polen.

Deutsche. Im hiesigen Ortsteil, einem von 1000 Einwohnern besetzten Gebietsteil, in dem hauptsächlich Deutsche ansässig sind, wurden neben Schmirren die Konzeptionen entworfen. Beide sind Deutsche. Obgleich fast täglich ein Polze die Schenkonzessionen erhalten. Augenblicklich gibt es also in dem 1000 Einwohner zählenden Orte keine Schenkonzession. In Hammerike ist dem einzigen Inhaber einer Schenkonzession, einem Deutschen, ebenfalls die Konzession genommen worden.

Dromberg. Neben mehreren polnischen Schwärtern ist auch drei bekannten deutschen Schenkweibern, darunter den Familien Bzdowski und Wiertz, zum 1. August die Konzession zum Alkoholausschank entzogen worden. Ob dem an die jugendliche Behörde gerichteten Verlängerungsgesuch entsprochen wird, ist sehr fraglich.

Gröh. Ein seltenes Ereignis nur für die hiesigen evangelischen Gemeinden das Jugend- und Heiratsspiel. Während der Gottesdienst, von Pastor Rudolph und Jugendleiter Erhard von Gehlert, in der mit Blumen und frischem Grün geschmückten Kirche abgehalten wurde, führte der Nachmittag die große Zahl der Teilnehmer unter Klängen der Poljanen auf den schönen Waldespfad in der Nähe der Oberförsterei. Zwischen all dem Spielen und Singen erklangen auch ernste Worte, in denen es darum ging, sich dieser schönen Stunden in der wunderbaren Natur dankbar und würdig zu erzeigen und der Heirat und dem Etre innewer Väter die Etre zu halten.

Wollstein. Hier ist die Konzeption dem bekannten Koffeubehälter Georg Schulz gekündigt worden. Schulz ist einer der bestbezahltesten Bürger der Stadt, hat sich nie etwas zufahren kommen lassen, was die Behörden hätte veranlassen können, ihm die Schenkonzession zu entziehen.

Uns Westpreußen.

Graden. Die 3600 Arbeiter der De'Veh, des größten polnischen Gummiverkes, hatten wegen der fast drei Wochen rückfälligen Löhne vor einigen Wochen die Fabrik verläßt, das Lager beschlagnahmt, es in eigener Regie verkauft und sich daran weiter bezahlt gemacht. Die Fabrik wurde stillgelegt. Es kam zu Sanierungsverhandlungen mit französischer Kapitalgruppen, die aber im letzten Augenblick scheiterten. Vor einigen Eagen wurden die drei Direktoren der Gesellschaft verhaftet, weil sie des Konkursverbrechens angeklagt waren. Wie es jetzt heißt, ist man bei der Prüfung der Bücher großen Unterschieden auf die Spur gekommen. Von einer wirklich geordneten Durchführung konnte keine Rede sein. In eine Wiederbetriebnahme der Fabrik ist in diesem Eage nicht zu denken, da sich wirklich keine Kapitalgruppe finden wird, die das Werk übernehmen will.

Chora. In der Segelestraße 4 hoch der 45jährige Kaufmann Srandtke seine 35jährige Frau nieder und brachte sich dann einen Kopfschuß bei. Beide wurden in schwerem Verletzte Zustand ins Krankenhaus gebracht, wo sie ihren Verletzungen erlagen. Das Weib zur Eit ist in Sanitariumspflege zu setzen. Das Ehepaar hinterläßt zwei drei- bzw. vierjährige Kinder.

Studentenrat Werner und Rentomscheil.

Bezugnehmend auf die Wiedergabe des Gerichtsbescheides, den wir unter obiger Überschrift in der letzten Nummer veröffentlicht haben, Ettet aus Herr Studententrat Dr. Erich Werner, Polze bei Stettin, Schülerehem, fr. Polen St. Caspar, dessen Familie aus dem Kreise Bompf stammt, um dem Finanzamt, daß er nicht identisch mit dem Studententrat Werner ist, der gegen Vorhoff, Gebbert usw. Verleumdungsklage wegen des Verwurfs, Rentomscheil den Polen in die Hände gespielt zu haben, erhoben hat und nunmehr mit seiner Klage nun Amtsgericht Berlin-Mitte aus verfilhen und schließlich Urteilen abgemittelt worden ist. Herr Studententrat Erich W. bittet ferner um Eit mit der Mitteilung, daß seine Familie mit Studententrat C. Arthur W. in keiner Weise verwandt ist.

Diese Nummer umfaßt einschließlich der Beilage „Ostarchiv“ 16 Seiten.

Sie die nicht von der Bundesleitung veranlaßten Anzeigen im Anzeigenteil kann eine Haftung nicht übernommen werden.

Die Verlobung unseiner Tochter Gretel mit dem Kaufmann Herrn Paul Neumann zeigen ergeben ist

Rudolf Zerbe und Frau
Cottbus, Gulsenerstr. 17
(früher Radwiz, Polen).

Gretel Zerbe
Paul Neumann

Verlobte
Cottbus
Landsberg a. W.

Aufbaukredit

für Grenz- u. Auslandsdeutsche G. m. b. H.

(Geschäftshilfe des Deutschen Ostbundes)

Berlin-Charlottenburg 2, Hardenbergstr. 43, Tel. Steimp. 9031

Bewertung der

6% Reichsschuldbuchforderungen durch Verkauf und Beleihung

Beleihung kurzfristig und langfristig bis zu 75% des Kurswertes zu günstigen Bedingungen

Vorzzeitige Kredite an Polengeschädigte wofür ein aus größerem Kontingent zur Verfügung steht.

Abwicklung aller bankmäßigen Geschäfte

Pr. Klass.-Lotterie

Lose 5. Kl.

Lülich Staatl. Lotterien-Einnahme

Stettin, Augustastr. 8 (früher Hohensalza).

Stemärterin, 32 Jahre, er., bl., 1,65 gr., wirtschaftl. lustig passender Besitzer Honorat. Maderns-4-Zimmer-einricht. beim Gegenwert vorz. Geh. Wild-offertiert unter 2041 an das D'fland erbeten.

geb., wirtschl. tüchtige Dame, Anfang 30, evgl., vermög., ja u t Lebenskameraden Beamter Honorat. 35-45 Jahre. Sebin-gung; solide, tadelloser Charakter. Zustufstien mit Wild unter 3. 1931 an das D'fland erbeten.

Verwertung von
**Entschädigungs- und
Schuldbuchforderung.**

Beratung,
Vorstände,
Beilehung

Einlauf zu höchsten Kurzen
und schnellstens durch
Ostmärker-Aufbau G.m.b.H.
Sitz: Berlin W 9, Potsdamer Str. 22 B, II
Telephon: B 1 Kurfließ 2775.

Landsleute!

Bedient Euch Eurer Organisation.
**Schuldbuchforderungen
Beilehung!**

Verwertung zu
höchsten Kurzen!

Ostmärkische Spar- u. Darlehnskasse
e. G. m. b. H.
Berlin SW 11, Bessauer Straße 8
Sprechst. 1-5 Uhr, außer Sonnabends.
Bei schriftlichen Anfragen Rückporto.

**Im
Spreewald**

bietet das

**Ferienheim
„Haus Ostland“
in Velschau**

im schönsten Wiesengrund am
Bachwald und in unmittelbarer
Nähe des modern eingerichteten
Sommerbades gelegen, beste u.
billigste Erholungsmöglichkeit.
Tagespreis für Unterkunft und
Verpflegung (4 Mahlzeiten)
Erwachsene M. 4.—, Kinder
M. 2.25 einschließlich Bedienung.
Anmeldung an die Verwaltung
von „Haus Ostland“, Velschau
am Spreewald.

Möbelltransporte



in Berlin und
nachanderhalb
per Bahn und
Automobil-
wagen, Woh-
nungstausch,
Lagerung.

Berlin W 20, Nollendorfsplatz 7, Sammler-, B 7, Pallas 6796

Ostmärker! Provisionsfrei
Glänzende Existenzen!

- Wäckerergrundstück m. Café, an
der Hauptstraße gelegen, in
einem Vorort u. Schöneim. 14 000
Als Erholungsheim u. ges. ge-
Professionshaus m. Dependenz
in nächster Nähe des Waldes
gelegen, im Herr. 30 000
Geschäftsgrundstück (Eisfabrik),
10 Min. v. Bahnh. auf Buslinie,
für alle Art. von Gewerbe-
betrieben geeignet, in „Bunzlau
Hotel“-u. Restaurationsgrundstück
m. Saal u. Kino i. bek. Ost-
seebad (Zabergasse) 25 000
8-Simmer-Vandhaus, f. Art. ge-
eignet, in ruhiger Lage des
Ortes, 5 Km. von Köpenig in
Südten entfernt. 12 000
Konditorei-, Kaffee- u. Restau-
rationsgrundst. i. Oberbayer
Weiß- u. Wollmangergäßchen i.
verkehrsreicher Straße, i. gan-
ze Stadtteil keine Konkur-
renzen vorhanden, i. Vorhöl-
Preis 3 500
Wohn-, Restaurations- u. Pen-
sionsgrundstück i. unvergleich-
lich schöner Gegend, Nähe
Prenzl. als Erholungsheim i.
Krankenkassen u. m. ges. 25 000
Grundstück mit Kolonialwaren-
geschäft, i. d. Nähe zahlreicher
Siedlungen, 15 Min. v. Bahnh.
hof entfernt, i. Klein-; Preis 18 500
Wäckerer- u. Kochstr. 15 Min.
m. Wasserfront i. Haupt-
straßengebiet eines herrl. Kur-
ortes der mecklenburgischen
Wald- u. Seengegend. 14 000
Boretzsch, inmitten eines präch-
tigen alten Parks von etwa
5500 Quadratmtr. Größe, etwa
15 Min. v. Hauptbhf. Bar-
men entfernt, besonders für
Klinik, Sanatorium u. Klub-
heim geeignet. 50 000
Wäckerergrundstück f. Hauptbe-
lebung m. Wohnhaus i. Sauer-
landm. 50 000
Vandm. 100 000
Kuchel mit Kaffee- u. Restau-
rations- u. Alpen-Vandm. 100 000
Wohn- u. Geschäftshaus, für
Schneidermeister geeignet, da
keine Konkurrenz i. Ort, i. d.
deutschen Schweiz (Ostschweiz) 10 000
Vandm. 70 000
Restaurants- u. Pensionsabtl.
i. bedeutendem Auslassort b.
Verkehr u. Ab. a. d. Schweizer
Grenze. 24 000
Gärtnergrundstück, etwa 3000
Quadratmtr. groß, im Zentrum
des Ortes, etwa 12 Km. von
Hannover entfernt. 23 000
für viele Hundert weitere Exis-
tenzgele., auch mit Grundst., Vand-
m. 100 000
Geben Sie uns Ihre speziellen Wünsche
an, und verlangen Sie kostenlos unsere
illustrierten Prospekte mit ausführlicher
Beschreibung.

KOCH & Co. Berlin W 10
Hohenzollerstr. 16. Tel.: B 2 Lützow 5933.

Siedlerstelle

mit voller Ernte zu vergeben.

Größe 70 Mg., davon 23 Mg. gute
Weizen, Gebüde reichlich groß, 116 a
unmittelbar bei der holländischen Weisen
430 m entfernt, gepflanzter Weg zur
Chaussee in 900 m Entfernung, An-
zahlung 5000 M., Übergabe zum 1.
Sept. 1931, Werbung, alsobald an die

**Gemeinnützige Siedlungs-Gesellschaft für
den Kreis Cammin m. B. in Cammin
Kreisbau**
Fernsprech-Nummer 321.

**Schwing-
pflüge**

einfach mit Ged.,
ca. 32 kg schwer, gut
Gang und gutes
Material, gibt zu 17
M. frei jeder Bahn-
station nach ab
Bruno Polster
Obernig,
Siegist Weisau.

ELIT! ELIT!

Grundstück

in bestem Zustande,
mehrfaches Wohnhaus,
5 Zimmer, Licht und
Wasser, gr. Garten und
2 Wägen Land, mehr
Land kann hier er-
worben werden (Sied-
lung), sofort veräuß.
Preis und Anz. nach
Belustigung. Billig.

Heinz Bindau,
Gebellin,
Brunnerstraße 144 b.

Siedlerstelle

zirka 80 Mg., guter
Boden, reichl. u. gutes
Leb. u. teils Inventar,
mit guter Ernte, 2 km
v. Stadt und Jüde-
fabrik Weid., Schwerin,
wegen Auswanderung
sofort abzugeben,
Anz. 15 000 M. mit
Woheln.

Gastwirtschaft

mit Saal u. Fleischeri,
i. gr. Dorf Westendg.
Schwerin, frankheits-
halber sofort ver-
käuflich, Anzahl zirka
14 000 M. Auslastung
durch den Deutschen
Hilfs und Gültrom i. W.,
Steinstraße 6 B.

Landwirtschaft,

120 Mg., sofort zu ver-
pachten, mit voll. Ernte,
mit ausd. Inventar.
Koppel, Weid., Keder,
alles am Hause, Schule,
Molkerei, Kirche im
Dorf, elektr. Licht und
Kraft, Gebäude massiv.
Ang. an W. Heitmann,
Jemitz, Wilm-Land,
Rts. Greifswald.

Suche Haus

mit Garten in H. Stadt,
Schlafen od. Brand-
burg, wo Klemper u.
Danndorf hier nieder-
tun. Anz. 4000 M. Off.
unt. 2042 an d. D.H. erb.

Günst. Gelegenheit

Ein. Umständ. falls bei
Einst. mein Metall-
gießerei u. Reparatur-
werkstatt für Landwirt-
schaft und Industrie
preiswert zu verkaufen
bzw. zu verpacht., ent-
w. als Teilhaber.

**Fa. MAERTENS,
Schneidemühl.**

Suche zwecks baldiger

Heirat

und Erbschaftsregel, die
Belastung, wettbewerbl.
vertr. dem Dama, bin
allein ohne Anhang,
54 J., ev., 1,60gr, gel. und
u. von gutem Aussehen,
entf. Einbeirat in Ge-
schaft od. Grundst. Ver-
tr. Erbschaftsregel
Wohn- u. Geschäftshaus
1770 qm gr., an Haupt-
straße gef., ausbaufähig.
Verbr. Einkommen 44 000
M., Einbeirat, 22 000
M. Off. zu next. Off.
u. 2043 an das D.H. Land.

Preuß. Staats-Lotterie

Lose 5. Kl. vom 8. Aug. bis 12. Sept.

Ziehung:
Zu haben bei **Staat. Lotterie-Einnehmer**

Swinna, Berlin W 35,
Potsdamer Str. 116 a,
Ecke Lützowstraße.
Tel. Lützow 3986.

Ost-Archiv und Heimatmuseum

Beilage zum „Ostland“, Wochenschrift des Deutschen Ostbundes E. V.

Jahrgang 1931, 3. Folge

Aus der Geschichte alter deutscher HOLLÄNDEREIEN im Kreise Pleschen.

Von **Walter HämpeI**, Berlin.

Die Stadt Pleschen, früher Plesow oder Plesau, polnisch Pleszew genannt, gehört mit zu den ältesten Städten des Posener Landes, wurde sie doch wahrscheinlich schon vor 1283 gegründet. Um die Mitte des 15. Jahrhunderts zählte sie zu den bedeutendsten Orten Großpolens und wurde damals zwölf Soldaten zum höchsten Aufseher stellen.

Die Urkunden der Stadt verbrannten 1806 vollständig, aber 34 Handschriftbücher von 1428 ab sind erhalten und in ihnen eine mittelalterliche Schrift verzeichnete Handchrift des Magdeburger Rechts, alles in lateinischer Sprache; seit 1570 wurden die Ratsbücher polnisch geführt.

Die Stadtanlage zeigt das für die ostdeutschen Städte typische Kolonialschema, den vierseitigen Markt und die rechteckig mit ihm ausgehenden Straßen.

Wahrscheinlich haben wir es bei Pleschen mit einer rein deutschen Stadtgründung zu tun. Wie lange sich das Deutschtum — durch spätere Zuanwanderung verflüchtigt — im Orte kräftig erhalten hat, ist nicht ersichtlich. Jedenfalls muß ihm das Ansehen des polnischen Nationalismus im 15. und 16. Jahrhundert verhängnisvoll geworden sein.

1800 hatte Pleschen 6100, 20 Jahre später 8000 Einwohner.

Am 17. und 18. Jahrhundert breitete sich das dicke Netz deutscher HOLLÄNDEREIEN über Posen und die angrenzenden Teile des Späteren Kongresspolens aus. Zu beiden Seiten der großen Straße von Pleschen nach Ostromeo entanden in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts mehrere deutsche Siedlungen, meist HOLLÄNDEREIEN: Grünaufer, Gutshoffnung, Kubinka, Kulenbörz, Pleschen, ferner im westlichen Zipfel des Kreises Bieganin-Gauland und in dem am weitesten nach Westen vorragenden Kreistal Rothendorf. Die in größerer Entfernung von der Stadt im gleichen Zeitabschnitt gegründeten deutschen Niederlassungen jenseits der Kreisgrenze — Sosnica, Pabitz, Kubka, Sierkowo, Wylgogotomeo — sowie die Huczer und Oberer Hauländer rechts der Proana seien hier nur genannt.

Der erste Akt in ein Siedlungsvertrage vom 21. April 1767 erhalten, abgeschlossen zwischen dem Grundherrn Joseph Stanislaus von Mikorski, Vöhring der Landtschaft Gembin, Notarius der Königlich-sächsischen Kommissions, Erbherr von Sosnica polny und blony, und dem „ehr- und arbeitsamen Andreas Redlich, Samuel Wüßiger, Kaspar Strodek, George Ruppke, Christian Varant“ und ihren Kameraden, alles freie Bauern, von denen einer vor dem andern „Berühmte war“.

„In wesentlichen Punkten ward die Lebensart und die „Gerechtigkeit unumständlich, klar und deutlich beschrieben.“

Somit legte man die Grenzen des neuen Sosnica genau schriftlich fest. Ein Ingenieur sollte später nachmessen und feststellen, ob sich die Siedler keine Gebietserweiterungen auf Kosten der Grundherrschaft erlaubt hätten. Zur diesen Fall wurde ihnen strenge Strafe angedroht.

Über die Verteilung des Geländes in den bestimmten Gruppen durften sich die Ansiedler selbst einigen.

„Der Grundbesitz vertrat, 1/4 Acker, jährlich, 20 Florian, polnisch, einen Kapan, zwei Säuber, zwei Viertel Heller auf St. Martini. Außerdem mußte jeder HOLLÄNDER einmal im Jahre, und zwar im Winter oder nach Oftern, eine Säuber mit höchstens zehn Viertel Korn oder Weizen zur Aufwahrung Maß bis meistens nach Jönny für den Grundherrn tun.“

Für die ersten sechs Jahre war die Nutzung der darnehmenden ebenfalls bebauten, aber vernünftiger und der neu urbar zu machenden Flächen jenseits, für die unermesslichen Wälder und Strände verlangt der Hof für jeden Jahr den halben Zins. Unfälle oder Kriege konnten mitbinden die Hauländer nicht der Zahlungspflicht. Es galt in Bezug auf die Abgaben der Grundlatz: Einer für alle, alle für einen!

In öffentlichen Abgaben zur Unterstützung des Hofes zahlten die deutschen Bauern in Kulenbörz jährlich 100 Florian polnisch, eine Hälfte im März, eine im September.

1000 Florian Kauf- oder Kontraktgeld waren in Spätereis nach Jönny zu zahlen.

Die ersten alten Folgegebäude auf dem Gutsherrn abgetretenen Gelände wurden den Siedlern mit 300 Tmpfen oder 380 polnischen Florian angeteilt. Wegen der auf ihrem Gebiet lebenden Wohnhäuser, Ställe und Scheunen mußten sie sich mit den bisherigen Wägen einigen. Die besten Äcker, die unbauten Gärten des Hofes und der noch ausfindigen Bauern fanden den neuen Ansiedlern nach Abtragung, die Bewirtschaften aber erst vom Beginn des neuen Jahres ab zur Verfügung.

Erste und Strohhalter vertrieben dem Grundherrn, der für Kulenbörz eine Mühle bauen wollte, als unmittelbarer Besitz; doch hatten die HOLLÄNDER das Recht, ihr Vieh in den Leihen zu tränken, aber

auch die Pflicht, für allen Schaden an Dämmen und Wiesen aufzukommen.

Verboten wurde der Bau einer protestantischen Kirche und eines Oratoriums (Bethaus), dagegen stellte der Grundherr 1/2 jenseitige Hofe für die Schule zur Verfügung.

Im Mittelabsatz mußten die Kolonisten an die katholische Kirche in Sosnica 40 polnische Florian und zwei Viertel Korn neues Maß liefern.

Ohne Wissen und Willen der Gutsherrschaft durfte kein Siedler seine Wirtschaft veräußern bei Strafe sofortiger entzündungsloser Wegnahme.

Einen Ältesten oder Schultheißen und zwei Schöffen, von denen einer ein Rathob, der andere ein „Profestant“ sein mußte, wählten die Bauern mit Stimmenmehrheit. Dem Gutshof blieb die Befestigung vorbehalten.

Die drei Vertrauenspersonen der Gemeinde und der Grundherrschaft hatten „alle Vorfälle im Dorfe zu schließen oder zu richten“. Verurteilung an dem Hof war zulässig.

Der Schultheiß führte ein „Personenstandsregister, in das auch wichtige Ereignisse und Veränderungen eingetragen werden sollten.“ Das „Rath“ oder die „Wahlkür“ wurde in gemeinsamer Sitzung der Gemeinde, der Schöffen und des Schultheißen aufgestellt und dem Grundherrn zur Befestigung überreicht.

Der Schulz erhielt für seine Mühe neben einem festen Gehalt, das nach der Größe der Wirtschaften umgelegt ward, einen Teil der Pflanz- und Ertragssteuern.

Beim Abschluß eines Siedlers und beim Ziehen eines Erben bis ins achte Glied hinein kam der Besitz an die Grundherrschaft.

Alkoholische Getränke durften nur aus der Schenke des Erbherrn in Sosnica gekauft werden, ebenso war der Handel mit Heringen, Salz, „Rauha“, Schnupftobak, Brot u. a. Dingen ein herrschaftliches Vorrecht. Die Ausbuchtung von Mehl- und Erbsenbäcken auf derlichem Grund und Boden blieb dem Hofe vorbehalten, wie dem immer wieder betont ward, doch diesem in allen Fällen die höchste Jurisdiktion über die Hauländer zultete.

Den wichtigsten Absatz für diese bildete „Punkt 20 des Vertrages: „Daß diese Hauländer nach dieser Befestigung ungehindert wohnen können und daß ihnen in Zukunft keine größeren Abgaben auferlegt werden sollen mit auch keine größeren Schuldsigkeiten, es wäre dann durch Bitten, nicht ihnen hiermit zugelassen.“

Aus dem Kontrakt geht hervor, daß das Sosniner Gebiet zwei Ortschaften aufwies, Sosnica polny (polny = wüßig) und Sosnica blony (blony = lumpig), letzteres wurde auch Kirichen-Sosnica genannt. Dort wohnte der Grundherr.

Warum Sosnica polny wüßig geworden war und nur noch wenige kümmerliche Bauern, wohl aber schiefe ehemals behaute Flecke aufwies, wissen wir nicht. Der Vertrag, von dem bisher die Rede gewesen ist, scheint einen üblichen Vorgänger gehabt zu haben. Der Grundherr drohte in dem letzten Absatz des Übereinkommens strenge Strafe bei kleinem Verstoß gegen die Bestimmungen des Kontrakts. 1800 Florian pain, Strafe und Zins- und Wirtschaftserklärung des Vertrages sollte er bei Ungenügen in Aussicht.

Zur Sicherung der Siedler verpfand der Erbherr, die Eintragung des Übereinkommens in das Kaiserliche oder ein anderes Grodbuch zu veranlassen.

Redlich verteilte die 1056 kalmischen Hufen (260 Hektar) unter 13 Siedler, die sich dann nach Kräften bewirtschaften, den „Siedeln wüßig“, wie es in einer Besondere von 1795 heißt, in Ackerland umzuwandeln. In dem Aufstand von 1772 aber plünderten polnische Streifscharen den Ort, der schließlich wieder fast wüßig und von den meisten Eigentümern verlassen wurde. Die Abgegebenen luden anderswo ein Unterkommen.

1773 gelang es dem Schiefer David Kiefer, der den siebenjährigen Krieg mitgemacht und danach fünf Jahre bei den „Magyarischen Sultanen gefangen hatte, die Kolonie wiederzuerfüllen. In dem er neun neue Wirte ansetzte. In demselben Jahre richtete man eine lutherische Schule ein. 1795 zählte die Gemeinde 19 Feuerstellen.

Wie notwendig es war, einen festen und genauen Vertrag mit dem polnischen Grundherrn abzuschließen, die die Deutschen zur Überzeugung zwingen würden heranzugreifen, zeigt die Verhältnisse, die sich während einer Eingabe der Hauländer vom Jahre 1795 eingehend gechildert merden:

„Im Jahre 1777 verkaufte unser Erbherr seine Güter an einen von Czaczanowski, und von dieser Zeit an fangen unsere Beschwerden richtiglich an. Denn

1. nahm uns der neue Grundherr 1777 ein noch nicht gedrucktes Stück mit dem Aufsatze von 34 Morgen günstig ab, so wir noch nicht zurückhalten.

2. im nämlichen Jahre nahm er uns 4 Morgen Ackerland ab an der Grenze nach Dubomir, baute zwei Jahre später eine Gießelöhne darauf, wo er noch heute seinen Weim grabt;

3. 1779 legte er zwölf Tage Entlohnung auf jede Hufe Land, so mit ehedem nicht gelassen. Während dem von uns angefertigten Prozesse hat man uns vier Tage ausbezahlt;

4. 1779 führte die Grundherrschafft auf allen Kauf- und Verkauf von 0. 5. Paadomien ein;

5. führte er teilweise die Gemeinde zu bewegen, 40 polnische Viertel Eichen auf betrüblichem Grunde für seinen Bedarf zu sammeln. Da dies aus Gefälligkeit geschah, verlangte er es im nächsten Jahre mit Unkosten, und als die Gemeinde sich weigerte, wurde derselben sämtliche Vieh aus dem Pluge gelupmt und gelupmt, welches sie nicht eher zurück erhielt, bis sie aus eigenen Mitteln die verlangten Eichen herbeiführte. Lehten Herbst ließ keine von uns verlangt worden, weil in der ganzen Gegend keine geraten waren;

6. auf dem zum Schulplatze von uns unterhaltenen Ackerlande befindet sich der Begräbnißplatz. Im Jahre 1785 führte die Grundherrschafft eine seltsame Abgabe ein. Für jede erhaltene Leuchte mußten wir einen ganzen und für jedes Kind einen halben Reichstaler für die Erlaubniß eines Begräbnißes an zu entrichten. Seit drei Jahren hat man dieses mit Ernst in dieser Hinsicht beigetrieben;

7. 1782 hat der Grundherr einige an Ernie Muzynski belagene Weisen, 13 Fuder Heu und 4 Fuder Stummel bezogen. Die einzige Gabe, so wir hatten, gesehlimm abgenommen. Um jene Nothwendigkeit zu bewelsen, hat er uns einen neuen unrichtigen Plan unserer Grundstücke anfertigen lassen, wo mir 80 Gulden poln. haben bezahlen müssen;

8. 1783 hat der Grundherr auf jede Hufe Land eine Fuder von 11 bis 14 Meilen nach Straubitz, Wojanowo oder Villa der Gemeinde aufzulegen, und als er bemerkt, daß bezüglich noch möglich zu präferiren, hat er uns 5 Dukaten für jede jährlich angeordnet;

9. 1784 hat er uns die Gartenleide, hinter dem Mühlenteiche grügen, 5 Fuder Heu und 2 Fuder Stummel betragend, gesehlimm abgenommen;

10. seit 1784 muß die Gemeinde jährlich 35 Rthlr. in Grundfinjen mehr bezahlen, als im Kaufkontrakt und darüber ausgefertigten Privilegio 1767 festgesetzt war.

11. 1785 wurde ein fortbaurnder Zins eingeführt, nämlich an a 12 Viertel Haber groß, Maß, ab b 12 Stück Hühne oder pro Stück 12 gr., ad c 6 Schock Eier oder pro Schock 8 gr.;

12. von 1786 ab muß die Gemeinde an jährlichem Deyem für den katholischen Pfarer laut der leihzeitigen üblichen 40 polnischen Gulden nammehr 50 entrichten."

Die Siedler scheinen also unter dem Grundherrn von Casjanowski und seinem Nachfolger ein wahres Martyrium erduldet zu haben. Es versteht kaum ein Jahr, in dem von Casjanowski nicht ein Versuch macht, die Rechte der Gemeinde aus größlicher zu befristern, den Bauern neue Lasten aufzubürden, und seine Anschläge aus merit rücklichtlos durchzuführen.

Ähnlich wie das Eulendorfer Privileg waren auch die der andern alten Gemeinden gehalten, und auch die „Wäilküren“ oder Gerichtsverordnungen der einzelnen Siedlungen gliedern sich im großen und ganzen.

Im Bieganin nahm man 1748 in das Dorfrecht die Bestimmung auf, daß der Schulze ohne Zustimmung der Weisler keinen Rechtsbandel erlassen dürft.

Die zur Befriedung der Güter, die der Kammerfrau Dubowka Sokolinska zu Malina gehörten, herangezogenen Deutschen (Lantenen aus der Gegend von Pilsa, Karg, Sontop, als ihr Annehmer oder Doktor wird ein gewisser Müller genannt.

Das „Protocoll von Verkaufung der Häuser und Gründe auf der Malina 1761 bis 1805“ kam uns in Pleschen sehr an die Hand, da das Gut und Dorf Malina früher Dorfstadtcharakter hatte. Es ist in deutscher Sprache abgefaßt.

Ich habe 1908/09, 1912/13 und zuletzt 1919 die eingangs genannten deutschen Siedlungen aus der Zeit Friedrichs des Großen besucht.

Im Gegesatz zu den meisten Polener Hofsiedlerorten, bei denen die Streufiedlung vorherrschend, zeigen die Pleschener Hofsiedler überwiegender Reihensiedlung.

Bei dem Ortsteile südlich der Pleschen-Ostrower Schaulze, sind die Gehöfte fast ausschließlich im Süden der 2,4 km langen Dorfstraße, in dem südlichen Ende von Gutshofung (2,4 km) nördlich, im westlichen Ende (1,8 km) zumest nördlich des Gemeindegewandes angelegt. Gutshofung besaß früher einen Weinberg; ein Grundstück das in seinem Namen die Erinnerung daran erhalten. Dubnina (2,6 km lang) zeigt den einreihigen Bau, Eulendorf besitzt Straßensiedlung, wie nachher im Uebersicht zeigt, denn dort ein ziemlich sonnetes Vordringen des Polentums ein.

In einzelnen Dörfern sieht man noch heute die ursprünglichen Block- und Zehnenhäuser.

Etwa 90 Jahre lang haben sich diese alten Kolonien, die palammen eine Fläche von 217,3 Hektar befragen, fast rein deutsch erhalten, wie nachher im Uebersicht zeigt, denn dort ein ziemlich sonnetes Vordringen des Polentums ein.

Es wurden gezählt

Im Jahre	in Grünwiese	in Gutshofung	in Dubnina	in Bittersdorf	in Eulendorf	in Bieganin-Hlo	in Rothendorf	in Rudofer
1865			44 eang. 10 Familien	6 e. v. 1 fath. } Fam.	34 eang. 2 gem.-loft. } Fam.			
1871	174 eang. 19 fath.	282 eang. 79 fath.	185 eang. 47 fath.	30 eang. 3 fath.	192 eang. 6 fath.	114 eang. 22 fath.	243 eang. 12 fath.	158 eang. 70 fath.
1885	156 eang. 25 fath.	263 eang. 91 fath.	149 eang. 50 fath.	18 eang. 10 fath.	190 eang. 45 fath.	87 eang. 58 fath.	266 eang. 11 fath.	102 eang. 110 fath.
1895	138 eang. 44 fath.	227 eang. 72 fath.	174 eang. 76 fath.		190 eang. 112 fath.	91 eang. 34 fath.	259 eang. 7 fath.	75 eang. 152 fath.
1900	161 eang. 52 fath.	243 eang. 102 fath.	157 eang. 108 fath.		192 eang. 160 fath.	87 eang. 29 fath.	236 eang. 14 fath.	82 eang. 172 fath.
1905	140 Deutsche 70 Polen	215 Deutsche 188 Polen	120 Deutsche 133 Polen		182 Deutsche 199 Polen	83 Deutsche 29 Polen	241 Deutsche 13 Polen	74 Deutsche 190 Polen
1910	111 Deutsche 64 Polen	184 Deutsche 177 Polen	112 Deutsche 138 Polen		133 Deutsche 213 Polen	82 Deutsche 30 Polen	185 Deutsche 44 Polen	64 Deutsche 206 Polen
1910 Häuler Land- besitz	28 363,3 ha	49 501,8 ha	79 387,8 ha		48 259,4 ha	16 155 ha	39 360 ha	

Die Schrift schließt mit dem Worten:

„Vorliehede Beschwerden, so auf der strengen Wahrheit beruhen, zeigen deutlich an, daß die ehemalige Grundherrschafft, der vor einigen Jahren verordnede von Casjanowski, die Ablicht gehobt hat, uns noch und noch in günstige Diensthäuser umzuwandeln oder das Land zu überdrücklich zu machen, daß wir gemungen wären, das Land zu verlassen. Würde kein Nachfolger, der selbige Grundherr, billiger, so würde er die Erblichung unserer Grundkaufdokumente und seiner zu seinem Unterhalt hinlänglichen Veränderungen sich gegen unsere Beschwerden in keine für uns sowie für ihn so nothwendige und verderbliche Prozesse eingelassen haben.“

Endlich befehmerten sich die Hausländer über das Schneckenempo des Prozesses, in dem schon sieben Dekal- und fünf andernweite Instruktionstermine festgesetzt worden hätten, ohne daß ein endgültiges Urteil abgegeben worden ist.

Unterfchrieben ist die Eingabe von Johann George Schulz, dem Gerichtsschulzen, Johann Klegel, dem Nebenhalten, Johannes Wloshke und Martin Wehlich, den Schöppen, und David Kiefer, dem Deputierten der Gemeinde.

Die Gesamtzahl der Einwohner belief sich in den acht Hausländergemeinden 1871 auf 1649, darunter 1368 (84 v. H.) Deutsche und 261 (16 v. H.) Polen, 1855 auf 1631, nämlich 1231 (75 v. H.) Deutsche und 400 (25 v. H.) Polen; 1895 fanden bei einer Gesamtbevölkerung von 1650 1154 Deutsche (70 v. H.) 499 Polen (30 v. H.) gegenüber; 1905 waren von 1827 Einwohnern nur noch 1005 (55 v. H.) deutscher aber 822 (45 v. H.) polnischer Mutterprache, und 1910 endlich gab es in den genannten Gemeinden 878 Deutsche und 872 Polen (50 : 50).

Der Sonderfah der Deutschen hatte sich also in 39 Jahren von 84 v. H. auf 50 v. H. verringert, der der Polen war von 16 v. H. auf 50 v. H. geziehen.

Um helfen gebotten hatten sich die Deutschen in Rothendorf, dessen deutsche Einwohnerzahl sich von 95 auf 80 v. H. zurückgegangen war. Eine deutsche Mehrheit besaßen 1910 noch Bieganin-Hausen (53 v. H.), Grünwiese (64 v. H.), Gutshofung (51 v. H.), überwiegend polnisch waren schon Dubnina (55 v. H.), Eulendorf (61 v. H.) und Rudofer (76 v. H.).

Der Rückgang des Deutschthums in den alten Kolonienbüdorten ist nicht allein auf den Wegzug deutscher und den Zugang polnischer Arbeiter-

familien zurückzuführen, indem auch auf die Tatsache, daß in den letzten Jahrzehnten in diesem Maße alleingewöhnlich veräußerte Familien aus mancherlei Gründen ihren Besitz veräußerten und in die Städte oder nach dem Westen jensei von Polen den Grund und Boden erwarben und darauf, daß bei deutsch-polnischen Mißständen meist der polnische Teil für die Kindererziehung mitgebend wurde.

Ubrigens ist die oben gekennzeichnete Erscheinung nicht nur für die Pfistersee sondern für ganz Ostpreußen, besonders dem Osten in den letzten Jahrzehnten vor 1918 in Polen die Verhältnisse sind in vielen andern deutschen Anschließungen älterer Städte, z. B. in den Kreisen Birnbaum, Samter, Groß, Oornik, Koselitz, Krotzsch, Koszmin u. a. Unter polnischer Herrschaft hat sich die Schnelligkeit dieses Vorganges

(Zurückweichen des Deutschthums, Vordringen des Polentums) nicht unmerklich verringert, man muß das deutsche Landvolk im Polenlande im ganzen besser ausgehalten hat als die Städte.

Die dem vorstehenden Aufsatz folgenden gelegten Urkunden und sonstigen Quellen sind zum Teil im Jurgens Staatsarchiv, zum Teil in Pleschen oder in den einzelnen Gemeinden von mir eingesehen worden. Einige haben auch die Schlichtung für das Siegeswagen im Jahre des Bestehens des evangelischen Kirchenjahres in Pleschen am 18. November 1894 von M. Radtke Aufnahme gefunden. Vgl. ferner: Erich Schmidt, Geschichte des Deutschthums im Lande Polen, und Wersbaurer, Städtische Archive.

Mitteilungen und Buchbesprechungen.

Das Magdeburger Stadtrecht in der Ostmark.

Als deutsche Ansiedler im polnischen Osten die ersten Städte gründeten, da verplanten sie hierher nicht nur ihre Sitten und Gebräuche, sondern führten auch die ihnen gewohnten Rechtslagen ein. So entlehnten die Stadtrechte, die bis in das 12. Jahrhundert zurückreichen und ihren Ursprung in den Gewohnheiten, Privilegien und Rechten der mittelalterlichen Städte haben. Auch die Schöffensprüche und Satzungen kommen in ihnen zur Geltung.

Das älteste dieser Stadtrechte ist das aus dem 11. Jahrhundert kommende Straßburger, und unter den schwäbischen ist das aus Freiburg i. B. das wichtigste. Unter den rheinfränkischen sind zu nennen die Stadtrechte von Riesa, Tachen und Kels und unter den sächsischen die von Dortmund, Soest, Tübeck und Magdeburg. Wie beiden letztgenannten helfen wir, von Osten zu kommen, so haben die Städte in der Gegend oder lübische Recht an der Ostsee entlang bis weit über die Dina vorwärts, eroberte das Magdeburger als das verbreitetste das Ostland bis zum Dnjepr. Es ist in der Hauptphase eine Bearbeitung des Sächsischen.

Mit dem Magdeburger Recht wurde allmählich begünstigt die meisten Städte Ostpreußens, der Markter Brandenburger, Meißner, der Coußitz, Schleifens, der preussischen Ordenslande, Polens und Litauens. Außerdem galt es noch in Stettin, in einzelnen märklichen Städten und bildete die Grundlage des im 15. Jahrhundert in deutscher Sprache verfaßten Opener Stadtbuches. Allerdings waren das Magdeburger Familienrecht und das mit ihm zusammenhängende Erbschaftsrecht in vielen Städten mit Magdeburger Recht ausgeschlossen, weil die niederländisch-niederländische Bürgergemeinschaft, den wirtschaftlichen Verhältnissen der Ansiedler besser entsprach als das eigenartige „Gewerberecht“ des Magdeburger Weichbildes.

Die Stadt mit Magdeburger Recht erkannte Magdeburg als ihren Oberhof bis in jüngster Zeit. Es ist bekannt, daß damals die „zu Städte“. Allerdings wurden einige Oberhöfe in einem begrenzten Gebiet selbst zu Oberhöfen, solche waren Breslau, Krakau, Thorn, Kulm, Halle, Leipzig, Odersen, Raumburg, Spandau, Stendal, Brandenburg, Rummek, Rathow, Bergkatz, Schwetznitz, Olmütz und Temburg. Viele Oberhöfe wurden allmählich häufig. Zusammengefaßt Magdeburger Oberhofeninstellungen, wie das Magdeburg-Breslauer Juliemaische Schöffengericht.

Die Zeit der sächsischen Kollier hatte besonders das Aufblühen Magdeburgs begründet, und je mehr Städte im slavischen Osten entstanden, und je mehr Wert sie auf beständiges Gepräge legten, desto mehr einigten ihnen Magdeburg als Vorbild des Rechts und der Rechtspflege. Erst war die Zahl der Orte bis nach Litauen und Sitauen hinein, die mit Bewandern zu Magdeburg aufblühten. Unter einem Stadtrecht schließlich verstand man ohne weiteres das Magdeburger. Erst unterließen die fremden Fürsten diese Bestrebungen, denn der Reichtum der Städte kam auch ihnen selbst zugute.

Wohl hinein in die Welt des Aufblühens drang das Magdeburger Recht. So wie es das Aufblühen von Lemberg und Krakau begründet hatte, so kam es 1339 nach Pultsk, 1351 nach Wozjanow und 1355 nach Comitz. Um 14. Jahrhundert lebte es sich fast zwischen Weichitz, Dremen und Karem und drang in 15. Jahrhundert den Karem und Wozjanow nach Minsk und anderen Orten. Eine Reihe von Oberhöfen lebte sich in Lemberg und bald war das Gebiet von Hallitsch bis zum Bug und Sereth mit Magdeburger Recht durchsetzt.

Die großen Fortschritte waren in Litauen zu verzeichnen. Wilna ging 1387 voran, Wlask-Vitomis, Grobno und vieleicht auch Romno folgten, und im 15. Jahrhundert hatten auch eine ganze Reihe kleinerer Städte das Magdeburger Recht angenommen. Wlask-Vitomis im 16. Jahrhundert, und die letzten Spuren davon wurden erst 1855 beseitigt.

Man kann wohl zusammenfassend annehmen, daß das Magdeburger Recht einer der größten Kulturaktoren gewesen ist, der an der kulturellen Gewinnung des Landes südlich der Elbe beteiligt gewesen ist. A. S. R. u. k. a.

Der Siegeswagen des Polenkönigs Johann Sobiesky.

Das Dorf Radatz im Fürstentum Wirg ist einem einzigartigen historischen Gegenstand. Dem Besucher der kleinen verträumten Dorfkirche fällt sofort die eigenartige Kanzel ins Auge. Der über der Kanzel an der Kirchendecke befestigte Wappstein trägt die Inschrift: „Carrus triumphalis Johannis Sobiesky regis polonorum.“ Außerdem steht hier die weiche weißgoldene Adler der Stadt Wien.

Der Siegeswagen des Polenkönigs Johann Sobiesky.

Wir haben hier in der Kanzel des Kirchleins den reichvergoldeten Siegeswagen des Polenkönigs Johann Sobiesky vor uns, ein Geschenk der dankbaren Stadt Wien für den am 11. September 1683 errungenen Sieg über die Türken unter Kara Mustafa. Dieser herrliche Sieg legte dem weiteren Vordringen der Türken ein Ziel; sie waren bis zur Vernichtung geschlagen. Die Stadt Wien aber blieb vor dem überhätlichen Schicksal aller Städte bewahrt, die dem Ansturm der Osmanen erlagen.

Friedrich II. Ernährer erbeuteten im ersten Schlesienschen Kriege diesen Siegeswagen in einem Dorf in Schlesien, und der König bestimmte diese eigenartige und kostbare Beute für das Zeughaus in Berlin.

Der damalige Lehnsherr von Radatz, der General Hennig von Klitz, er ließ unter den Fahnen des großen Königs ausgestellt. Er hat unter diesen den Siegeswagen des Polenkönigs, um ihn als Kanzel in seiner neuerbauten Kirche zu Radatz aufstellen zu lassen. Der König gewährte dem verdienstvollen General diese Bitte.

Die vergoldeten Räder dieses Wagens, die ebenfalls in der Kirche aufbewahrt werden sind, sind jedoch spurlos verschwunden. Wahrscheinlich wurden sie im Jahre 1806 von den baltischen Franzosen mitgeführt. F. A. N. S. T. G.

Die verbrannten Fahnen des V. Armeekorps.

Wie die Fahnen vernichtet wurden, die in Polen aufbewahrt wurden, darüber berichtet der ehemalige Ordnonanzoffizier des Generalkommandos Polen, Dr. Jacobi-Scherbening:

„Im Jahressommer des Generalkommandos in Polen waren die Fahnen aufbewahrt. Dem Soldatenrat in Polen gehörte ein ebenfalls prächtiger Bestand. Der Generalkommandant hatte in einem Pole der seinen eigenen Einfluß ausübte, um nur der polnischen Sache zu dienen. Er erschien zu allen Belagerungen, die der Chef des Stabes, Excellenz v. Schimmelmann, in Gegenwart des Kommandierenden Generals, Excellenz v. Bock und Volach, mit dem Vorkommando des Stabes und dem Soldatenrat täglich abhielt, nur im Ganzen, ohne schließliche. Ob er es auf die Fahnen abgesehen hatte, mag dahingehört sein, jedenfalls wollte er durch Alarmsnachrichten seinen Machtbereich noch erweitern, das schwebende Generalkommando einschüchtern und alles zum Umsturz für die polnische Sache vorbereiten. So folgte bereits am 13. November 1918 im Generalkommando ein Telegramm auf den anderen. Immer wieder meldete sich ein anderer Ort, immer näher lag der Sturz, der die Fahnenbesitzer anrufen konnte. 800 bis 1000 Mann — immer härtere „Wohlfühlens“-hufen rühten in Glimmrisse auf Polen heran. Immer weiter jagten sich die Grenzschutztruppen zurück. Im Generalkommando machte sich eine zunehmende Verärgerung und Ratlosigkeit bemerkbar. Der tüchtige „Kriegsrat“ sagte ununterbrochen; niemand dachte an die Fahnenbesitzer. Die Fahnen wurden vernichtet, ungedört, dort hatte man Wichtigstes zu tun.“

Was machen wir mit unseren Fahnen? Diese Frage machte viel Kopfschmerzen. Während neue Alarmsnachrichten einliefen, erzog man zwei Möglichkeiten: Entweder die Fahnen unter Schutz der roten-Kreuz-Flagge über Land in Richtung Berlin gefahren — aber an Ort und Stelle verbrannt. „Recht eine neue Alarmsnachricht, und je hoch höherer Herrscher der Kommandierende der Fahnen, die Fahnen zu vernichten. Die Ordnanzoffiziere wurden zu diesem traurigen letzten Fahnendienst befohlen. Keiner schämte sich der Kränen, als die Fahnenführer, die Zeugen solcher deutscher Waffentaten im Weltkrieg, gemahnt von den Stangen getrennt wurden, als die Stangen unter der kreisenden Säge zertrüben, als schließlich die Stangen der Zentralbehaltung sich auf die Emballeen, den Stoff, die Stangen und den Samensatz des Königs häuften und alles verbrannten, was einst Heiligtum der alten Armee war. Noch hatten einige Fahnenstangen und -spitzen und ein Standartenstab des Feuerzuges — da traf der Gegenbefehl ein: Die Vernichtung der Fahnen ist zu unterlassen. Man hatte inzwischen doch einige Offiziere, die im Ansehung waren, an Ort und Stelle nachzugehen, das Ergebnis dieses letzteren Befehls abholte keine Spur von Wohlwollenswidern. Des Kaisers Lösung stellt sich bald ein: der polnische Generalkommandant hatte ein Wehrstück vollbracht; sämtliche Alarmsnachrichten waren von ihm erfinden, von seinen gefächert verteilten Heilerbefehlen planmäßig an das Generalkommando durchgegeben worden. Man hatte das Generalkommando gestürzt.“

Sechs Wochen gingen noch ins Land, ehe Paderewski als Nationalheld am zweiten Weihnachtsfesttage in Polen einzog. Tags darauf kehrten die Polenzer Kriegsgenossen aus dem Selde heim. Jenen, der ersten zurückkehrenden deutschen Gruppe zu Ehren, veranstalteten die Deutschen am gleichen Tage ein festliches und würdevolles ohne Waffen, nur deutsche Fieber jagen. Auf dem Wilhelmplatz kommt es zu einem Juchensfall. Aus den Fenstern des Hofes, in dem die Entente-Kommission wohnt, hängen die Fahnen unserer Feinde. Einige junge Frontsoldaten packt der Juch, sie stürzen sich auf die Fahnen und reißen sie herunter. Die Polizei fällt ein Schwung, und aus Kommando knallen die Schüsse auf die Deutschen. Unter dem Gernand, die öffentliche Ruhe und Sicherheit schützen zu müssen, übernahm der Oberste polnische Volkstrupp numehr offiziell die gesamte Volkswagengasse. Damit war Polens Schicksal besiegelt. Die Fahnenverderbenung ist trotzdem ein frauriges Kapitel des Zusammenbruchs unserer Vaterlandes. Das Ende der Fahnen war jonnerrnoll, aber nicht ohne Ebre.

Opferlesen und Freie Stadt Danzig. Herausgegeben von Dr. Walter Stubbelt, Professor an der Pädagogischen Akademie Stettin. Erster Band der Reihe Heimatbücher der preussischen Provinzen. Herausgegeben von Schulrat Eberhard, Dr. Friedland, und Professor Dr. Stubbelt, Stettin. Verlag Julius Veit, Camburg. Preis in Ganzleinen 48 M.

Dieses Buch ist eine heimatische Kaff. Die beiden Herausgeber, hervorragende Schulmänner der Ostmark, sind seit langem auf dem Gebiet der Heimatkunde tätig. Sie haben eine Reihe von wertvollen Heimatbüchern und Stoffsammlungen; in diesem Werk aber stellen die allgemeinen Aufsätze nur den Rahmen des Buches dar und wollen den Benutzer — im wesentlichen ist es ein Lehrer in Stadt und Land gedacht — zur Mitarbeit bei den eigenen Ort auftragen. In den Aufsätzen sind die Realitäten und Arbeitsanforderungen für jedes einzelne Forschungsgebiet sorgfältig abgehandelt, so daß der Leser nicht nur eine bestimmte fachwissenschaftliche Ausbildung verfolgen muß und diese ja heute auch auf den Pädagogischen Akademien erhält, an ihrer Hand ein getreues und wissenschaftlich vermerkbars Bild über seine Heimat entwerfen kann. Hierzu sind ihm, im Anschluß an jeden einzelnen Aufsatz, auf schreibfähigen Papier eine Reihe von Seiten mit entsprechenden Verordnungen, Schemata usw. frei gelassen worden.

Die Herausgeber planen, möglichst alle Provinzen und darüber solche Heimatbücher herauszugeben. Wir freuen uns, daß der erste Band unserer Ostmark gemeindet ist. Auf seine Einführung von Schultat Oberbach folgen Aufsätze über Danzonschke (Prof. Stubbelt, der bis vor kurzem an der Pädagogischen Akademie in Albing wirkte), über das Klima in Opprhren, die dortige Tier- und Pflanzenwelt; nicht ein wenig wertvoll der Grundriß der ostpreussischen Volkskunde, vornehmlich die geschichtliche Aufsätze, Beiträge zur politischen Lage Opprhrens nach Versailles von Oberpräsident Dr. Siehr), zur Siedlungs- und Wirtschaftsforschung, über Landwirtschaft, Starnomen, Volkskunde, Sprache, Volksstammesgeographie, evangelisches und katholisches Leben in Opprhren u. a. m., sowie ein besonderer Beitrag über die Freie Stadt Danzig. Die einzelnen Aufsätze des Buches erheben ein lebendiges Bild der wichtigsten Lebensbedingungen des ostpreussischen Volkstums und der Natur dieser gefährdeten Provinz. Die Einsie von der Vergangenheit zur Gegenwart und ihrer nationalpolitischen Arbeit ist gefunden. So wird das Buch nicht nur zu heimatkundlichen Forschungen anregen, sondern auch dazu bestimmt sein, an der Festigung und dem Aufbau Opprhrens mitzuwirken.

Unter dem Titel: **Opprhrens Köpfe** sind im Verlage der „Kunigberger Allgemeine Zeitung“ eine Anzahl biographischer Darstellungen erschienen, die nicht nur opprhrensche Berühmtheiten sind, sondern sich zum großen Teil um das deutsche Geistesleben oder um das Staatsleben Preußens und Deutschlands besondere Verdienste erworben haben. Von jeder dieser Persönlichkeiten ist ein ganzheitliches Bild gezeichnet, das die Arbeit des Buches erhebt, um das volle Bild der Selbstenheit sind. Es sind behandelt: Herzog Albrecht, der letzte Sechsmelder des Deutschen Ordens und erste Herzog von Preußen, Koyarikus, Simon Dach, die Familie Wallenrodt, Gottschalk, Rauf, Christian Jakob Kraus, Hermann, Herder, C. A. Hoffmann, Bischof Oberkorf, Oberpräsident von Schöen, Hermann, Graf Alexander Dobner-Schönbauer, Staatsrat Karl Lehndorff, Steinmetz, der Schulmann Dittler, der Gelehrte Ferdinand Obergroß, Oswald u. Simon, Ferdinand Schidow, General von der Goltz-Polsha und Louis Corinth.

In der Einleitung ist darauf hingewiesen, wie sich in diesen Lebensbildern nicht nur die Tugenden der ostpreussischen Provinz ausdrücken, und in jenem Beitrag über Herder weiß Professor Krieger an Breslau, der erste Rektor der Polener Akademie, darauf hin, was der Osten nicht nur an Staatsmännern, sondern auch an Geistesheben dem preussisch-deutschen Volke geschenkt hat.

Diese Lebensbilder ostpreussischer Männer zeigen interessante Schicksale auf die Heimat und nicht nur an andere Orten, sondern auch Vaterlandes überhaupt. Wenn wir hier sehen, wie Männer des Ostens an Werke waren, um in späteren Zeiten den Staat zu retten und

neu zu organisieren, wie Männer wie Herder und Kant das ganze deutsche Geistesleben beeinflusst haben, wie ein Mann wie Schidow aus kleinsten Anfängen eine Weltfirma schuf, so muß das uns Ostmärker mit Stolz erfüllen.

Gedächtnis der Stadt Schmetkau.

Die „Deutschen Blätter in Polen“ haben als Sonderdruck eine heimatkundliche Arbeit „Schmetkau“ herausgebracht, verfaßt von Karl Weiffert, jetzt Hagen i. Westf. Die etwa 80 Seiten starke Schrift verfolgt das geschichtliche und kulturgeschichtliche Werden einer kleinen deutschen Stadt der Ostmark, von ihrer Gründung an bis zum letzten Übergang an den russischen Staat. Die kleine Schrift, die keine Verfassers- und Verlagsangabe (Dortmund 134 87) zum Preise von 1,25 M. zu beziehen ist, nur Markt empfehlen, geht doch auch aus ihr der rein deutsche Charakter dieser vor jetzt 650 Jahren gegründeten Stadt und ihrer Umgebung hervor.

Revolution in Deutschland. Von E. O. Volkman, Archivar im Reichsarchiv. Verlag Stallion, Oldenburg, 1930.

„Ich bin mir der Verantwortung bewußt, die der auf sich nimmt, der beste ein Buch über die deutsche Revolution schreibt.“ So beginnt ein Verfaßter mit, der sich, wie das anleitende Geleit dieser Schrift erst später formen kann. Wird es sich überhaupt „erläutigen“ formen können? — Doch davon abgesehen: Der Reichsarchivar Volkman hat auf Grund der bisher vorliegenden Werke aus allen Quellen, aus eigenem Erleben heraus und aus seiner Kenntnis archivarischer Quellen ein Werk geschaffen, das nur begrüßt werden kann. Sein persönliches Ziel war es, die Revolution möglichst objektiv, den Verfall der nationalpolitischen Ereignisse ganz ohne Ausschlag nach moralische „Schuld“ jenseit bei ihm keine Rolle; dafür tritt das Schicksalshafte des Geschehens hervor. Er kommt hierin man nützlich doch, wo der Verfaßter faßt. Er ist weder bei den Extremen rechts noch bei denen links; er sucht die „mittlere Linie“ zu halten, die etwa nach Krenn wie Hinderburg, Kostke, Seekat und Groot gekennzeichnet ist. Ganz besonders kommt ihm die Frage nach der Stellung des Offizierskörpers im Gang der Ereignisse, und es ist für ihn vor ausschlaggebender Bedeutung, ob das Offizierskorps sich mit neu merzenden Staats negativ oder positiv einsetzt. — Uns interessieren vor allem die Abschnitte über die politische Revolution und ihre Folgen, über die Volkstra, den Grenzschutz, die Offiziersbewegung und die Folgen der Umwälzung des Reichsarchivs für die Ostmarken. Jämmer scheint es, als ob dem kenntnisreichen Verfaßter hier doch nicht genügend Material zur Verfügung gelangen hat; die Rolle Gerlachs und anderer Abgänger der damaligen Regierung, die Haltung der Polener Behörden, der Bürgergeist und viele anderen treten nicht so in das Licht, wie wir wünschen müßte; ebenso ist die Offiziersfrage nicht genügend geklärt. Doch bieten auch diese Abschnitte des ruhigen Buches, das von der Marzoffenrevolte über die Berliner, Münchener und Osterreichische, über Scapa Flow und die Baltikumexpedition bis zum Rapp-Putsch führt, manchen Ausschluß, namentlich in den großen Zusammenhängen.

Sdenkungsliste.

Abtschriften, Zeitungen, Zeitschriften, Ausweise, Ansichtskarten überlassen dem Off-Vertrieb und Heimatmuseum des Deutschen Ostlandes: Herr Justizminister Rohmann, Halle a. d. S., Herr Eitich Schettler, Dobbnick, Herr Geheimrat Schmidt, Berlin-Charlottenburg;

Herr Hermann Sikker, Berlin S., Jenkte uns das Adressbuch vom Jahre 1929;

Herr Lehrer Alfred Süh, Osnabrück, stiftete das Buch von Dr. Christian Meyer „Die Deutschen der Provinz Polen gegenüber dem polnischen Aufstand im Jahre 1848“;

Herr Sally Poljanski, Berlin SO 36, überließ uns mehrere illustrierte Kriegspostkarten, der „Polmer Rauteen Nachrichten“ sowie Kriegspostkarten;

Herr Oberstudienrat Dackemaek, Berlin W 50, überreichte ein Stück seines Buches „Deutsche Volklieder und Sprüche aus dem Weckgange“;

Herr Lehrer Hans Halletz, Weisenfels a. d. S., ein Verdienst der Schulleute der Provinz Westpreußen von 1907 und eine Staffeln des Preussischen Landwehr;

Herr Lehrer Kurt Krumm, Döbzig (Kreis Sebnitz), stiftete einige Jahrgänge der „Deutschen Schulzeitung in Polen“, ein Protokollbuch des früheren Direktorvereins Lehrervereins und Postkarten;

Herr Lehrer Cramberg, Stolp I. Pomern, überließ uns mehrere Aufnahmen vom östlichen Kriegsschauplatz;

Herr Albert Jeleniewy, Inhaber des Antiquariats Joseph Jeleniewy in Berlin (früher Posen), schenkte uns in einer größeren Spende u. a. eine Sammlung verschiedener Gesetze und Amtsblattverordnungen in deutscher und polnischer Sprache aus der Mitte des vorigen Jahrhunderts;

Frl. Elise Funk, Frankfurt a. M. (früher Ballettmeisterin in Posen), stiftete alte Polener Zeitungen, Programme und Aufnahmen aus der Posenzeit Tätigkeit;

Herr Hermann von, Berlin-Steglitz, einen Jahrgang der „Rundschau für Romanenabente“.

Verantwortlich für die Schriftleitung: Dr. Franz Vidtke, Berlin-Cranienburg. — Verlag: Deutscher Ostbund e. V., Berlin. Einblendungen an die Schriftleitung, Berlin-Charlottenburg 2, Sandenbergruß 43 (Genrat C I Steinplatz 9031). — Druck: Hempel & C. G. m. b. H., Berlin SW 68.